

# Bergarbeiter-Zeitung

verbunden mit

## Glück-Aus.

**Abonnementspreis** 50 Pf. pro Monat, 1,50 Mk. pro Quartal.  
Durch die Post pro Monat 1,50 Mark; pro Quartal 4,50 Mark.  
Einzeln Nummern 1 Mark.

Aufnahmen im Anzeigen- oder redaktionellen Teil kosten 1 Mk. für die siebengefaltete Kolonelle oder deren Raum. Vereins- und Versammlungsanzeigen kosten pro Zeile 25 Pf. Geschäftsanzeigen werden nach Uebereinkunft laufender Aufträge nicht mehr aufgenommen.

Telephon-Nr. 98. **Organ zur Förderung der Interessen der Bergarbeiter und verwandten Berufe.** Telegramm-Adresse: **Minerband Bochum.**

Unverlangt eingegangene Manuskripte werden nicht zurückgeschickt. Bei Abdruck unserer Originalartikel bitten wir um Quellenangabe.

Verantwortlich für die Redaktion: **Theodor Wagner, Bochum.**  
Druck u. Verlag von **Hansmann & Co., Bochum, Biemelshausenstr. 42.**

Es wird keine Garantie dafür übernommen, daß Inserate an einem bestimmten Platz, Tage oder überhaupt zum Aufsatze gelangen.

### Bergmannsleben und -Lohn.

„Schön ist's Bergmannsleben,  
Herrlich ist sein Lohn,  
Aber nur für solche,  
Die nicht drückt die Fron. —  
Die von ihm nur wissen,  
Daß es Kohlen schafft,  
Aber nicht verspüren,  
Wie's die Muskeln schlafft.  
Wie's die Lunge lähmet  
Und den Leib verdirbt,  
Bis an seiner Schöne  
Schnell der Bergmann stirbt. —  
Die von ihm nur wissen,  
Daß es Geld einbringt,  
Die von ihm nur singen,  
Wenn's im Beutel klingt. —  
Ja, den Bergmagnaten  
Spendet's reichen Sold,  
Doch dem Bergmann selber  
Gibt es Ratengold. —  
Sorgen nur und Mühen,  
Bitternis und Hohn —  
Das ist Bergmannsleben,  
Das ist Bergmanns Lohn.“

B. F.

Sehr interessant ist der Satz, wonach der große „Wahlrechtsrummel“ im Ruhrrevier wegen der Faltung des „neutralen Gewerkevereins“ ziemlich spurlos vorbeigegangen ist. Dieser „Wahlrechtsrummel“ hat bekanntlich 10—40 000 Menschen in einzelnen Ruhrstädten auf die Beine gebracht. Demonstrationen, wie sie im Ruhrrevier einzig dastanden! Diese Demonstrationen galten der Erringung des gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für Preußen, eine Forderung, mit der die Zentrumspartei selbst seit Jahrzehnten hantieren gegangen ist! Den Kampf gegen die Borenthaltung dieses Wahlrechts für Preußen nennt die „Kölnische Volksztg.“ im Einklang mit früheren Auslassungen des „Bergknappen“ Wahlrechtsrummel!!! Die „Kölnische Volkszeitung“ spricht die Genugtuung aus, daß der „Wahlrechtsrummel“ mißlang und damit spricht sie auch die Genugtuung aus, daß die Millionen preussischer Arbeiter, Kleinbürger, Kleinbauern und Beamten nach wie vor in Preußen politisch rechtlos bleiben! Und der Gewerkeverein hat hierbei mitgeholfen durch seine — parteipolitische Neutralität!!! Ist das nicht ein köstliches Eingeständnis? Hier wird das Recht der brutalen Vergewaltigung des arbeitenden Volkes in Preußen jauchzend proklamiert, aber die Neutralität des christlichen Gewerkevereins erhielt ein großes Loch dabei. Und im Ringen eines Volkes nach politischen Rechten und Freiheiten, die auch für die gesamte Bergarbeiterschaft von großer Bedeutung sind, in entscheidenden Stunden sich abseits stellt, der wirkt, nach dem gefunden Menschenverstand gemessen, nicht neutral, sondern der hat, wie der christliche Gewerkeverein, die Absicht gehabt, die Feinde des arbeitenden Volkes triumphieren zu lassen! Der hilft den Volksfeinden und ist dann mit Schuld an der entrechteten Stellung von Millionen braver fleißiger Menschen. Mit dieser brutalen Offenbarung der „Kölnischen Volksztg.“ erkennen wir die „neutralen Aufgaben“ auch des christlichen Gewerkevereins in den Kämpfen um Menschen- und Bürgerrechte. Damit ist auch alles, was der „Bergknappe“ vor einigen Jahren gegen das Zunkerparlament in Preußen gesagt hat, als purer Schwund offenbart. Aber eins ist mit zu bemerken. Wenn ein freies Wahlrecht in Preußen, wie wir es oben angedeutet haben, ein Greuel ist, dem paßt auch das Wahlrecht nicht mehr im Bochumer Knappschaftsverein. Was die „Kölnische Volksztg.“ schreibt, ist nichts anderes als das:

**Gelingt es dem Gewerkeverein mit Hilfe der Zechen, die Majorität der Kettefesterische im Bochumer Knappschaftsverein zu erhalten, dann ade mit dem heutigen Wahlrecht im Knappschaftsverein!!!**

Damit ist auch das erste Bittat erklärt und gleichzeitig können wir es diesen christlich-zentrierten Arbeiterfeinden nachfühlen, wie wehe es ihnen tun muß, daß die seinerzeit mit Hilfe der christlichen Kettefester geänderte Wahlordnung im Bochumer Knappschaftsverein wieder rückgängig gemacht werden mußte!

Ebenso interessant ist auch die Feststellung des Kölner Organ über die Faltung des Gewerkevereins zu einem eventuellen politischen Massenstreik. Doch darüber werden wir uns in einem Kapitel dieser Zeitung aussprechen, wo wir uns mit dem christlichen Generalsekretär Effert auseinander zu setzen haben.

Ueber den Passus, der den Streik von 1905 berührt, bitten wir um größere Klarheit. Wir werden dann auch hier nicht die Antwort schuldig bleiben.

Sehen wir zu, was das Kölner Organ dann weiter zu sagen hat:

„Das Ringen der beiden Organisationen um die Kettefestermandate hat demnach eine größere Bedeutung, als man im ersten Augenblicke annehmen möchte. Würde der Sozialdemokratie eine größere Schlappe beigebracht, dann würde das zweifellos von Bedeutung sein für die fernere Entwicklung der Verhältnisse in diesem größten deutschen Industriebezirk. Vielleicht würden sogar die nächsten Reichstagswahlen davon günstig beeinflusst. Drei Kreise des Ruhrreviers sind sozialdemokratisch vertreten: Dortmund, Bochum-Gelsenkirchen-Gattlingen und Duisburg-Mülheim (Ruhr). In allen drei Kreisen hat die Sozialdemokratie nur in heiligem Stimmwahlkampf siegen können. Die beiden anderen Kreise, Essen und Recklinghausen, sind durch das Zentrum vertreten. Letzterer Kreis wurde im ersten Wahlgang, Essen in der Stichwahl gegen den Sozialdemokraten glänzend beschuppt.“

Der sozialdemokratische Bergarbeiterverband ist im Ruhrrevier, man kann ohne Uebertreibung sagen, die beste Stütze der sozialdemokratischen Agitation. Ein Schlag, der ihn trifft, trifft auch die Partei. Deshalb wird die sozialdemokratische Partei auch alles aufbieten, ihren gewerkschaftlichen Bruder zu unterstützen, um dem Gewerkeverein christlicher Bergarbeiter eine Schlappe zu bereiten. Die einzige Antwort darauf wäre, daß jetzt auch von nichtsozialdemokratischer Seite in gleicher Weise der Gewerkeverein unterstützt würde. (!!!)

Es mag vielleicht nicht jedem erwünscht sein, daß diese Organisation in diesem Kampfe die Führung hat, hier und da wird man auch mit der Haltung und der Taktik des Gewerkevereins nicht immer einverstanden gewesen sein. Eines kann unbeschadet aller; vielleicht im einzelnen berechtigten Kritik aber gesagt werden: Bisher hat es der Gewerkeverein christlicher Bergarbeiter verstanden, der manchmal alle Dämme durchbrechenden Flut der Sozialdemokratie Widerstand zu leisten.

**Er hat deshalb auf die Hilfe aller derjenigen, welche nicht wollen, daß die Bergarbeiterschaft der Sozialdemokratie völlig überantwortet wird, berechtigten Anspruch.**

Einmal sprach der Führer der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, Herr Giesberts, vom Kongresspodium aus, daß die christl. Gewerkschaften nicht dazu da sind, die Sozialdemokratie zu bekämpfen! Diejenigen sollten es tun, die die Sozialdemokratie großgezogen hätten! Die Kongressdelegierten stimmten diesen Ausführungen unter stürmischer Zustimmung zu. Wer die Aufgaben aber und die Gründungsgehalte der christlichen Gewerkschaften kennt, hat

diesen Ausführungen den Wert beigegeben, die sie verdienen. Aus der „Kölnischen Volkszeitung“ erfahren wir wieder erneut, daß der christliche Gewerkeverein sich im Kampfe gegen die Sozialdemokratie als guter Bundesgenosse der bürgerlichen Parteien, von deren Vorhandensein vornehmlich die Zunker und die Großindustrie profitieren, erweist. Der „neutrale“ Gewerkeverein soll mithelfen, für die politischen Wahlen die Sozialdemokratie niederzuwerfen!

Die Sozialdemokratie steht den Volksfeinden, den Zollwuchsern und Wahlrechtsräubern, im Wege. Der „neutrale“ Gewerkeverein aber bewährt sich hier. Er hat die Arbeitererschaft buchstäblich gehalten, als die Zollwirtschaft zum Jahre 1902 den Zuckern und der Großindustrie Hunderte von Millionen Mark arbeitsloses Einkommen in den Schoß warf; der Gewerkeverein wußte jede Opposition der christlichen Arbeiter zu erstickern bei der Finanzreform, wo man die Zunker und die Großindustrie vor direkten Besitzsteuern schützte, dafür aber die durch die wirtschaftliche Krise ausgehungerte Arbeitererschaft mit neuen drückenden Steuern belastete. Und wie wir schon oben bemerkt haben, der christliche Gewerkeverein hat es auch bei der Wahlrechtsbewegung in Preußen verstanden, der christlichen Arbeiterbevölkerung die Augen zuzuhalten, damit sie den Verrat, der mit ihr getrieben wurde, nicht erkannte. Fürwahr, das sind edle Aufgaben einer Arbeiterorganisation! Sie verdienen nach dem rheinischen Organ nicht nur volles Lob der arbeitenden Parteien. Viel mehr noch! Weil die Sozialdemokratie als Befürworterin und Schützerin des bedrückten und bedrohten Volkes auftritt, muß dem Bergarbeiterverband bei den Knappschaftswahlen eine Schlappe beigebracht werden! Dazu reicht das Lob allein nicht aus, sondern alle Nichtsozialdemokraten müssen den Gewerkeverein christlicher Bergarbeiter bei den kommenden Knappschaftswahlen unterstützen. Die Stinnes, Kirdorf, Kleine, überhaupt die Leute von der Ministerkürzerkonferenz aus dem Wall-Hotel in Berlin, sie alle sollen dem Gewerkeverein gegen den Verband beifpringen!!!

Auf den Knien fleht die „Kölnische Volkszeitung“ alles an, was Nichtsozialdemokrat ist. Nur best, helf, helf! Auf Knien werden die Arbeiterfeinde, die die Bergarbeiter bis auf Blut peinigten, angeheult; doch um Himmelswillen zu vergessen, daß der Gewerkeverein früher hier und da eine Faltung und Taktik eingeschlagen hat, mit der die Stinnes und Konsorten nicht einverstanden sein konnten. Es soll nicht wieder vorkommen! Der Gewerkeverein wird sich auch in der wirtschaftlichen Arbeitervertretung noch so „bessern“, daß die Zechenherrschaffen schon jetzt bei den Knappschaftswahlen ohne Bangen für ihn eintreten können. Der Ausfall der Knappschaftswahlen hat dann auch noch seine politische Rückwirkung. Der Gewerkeverein hat deshalb auf die Hilfe aller derjenigen, welche nicht wollen, daß die Bergarbeiterschaft der Sozialdemokratie völlig überantwortet wird, berechtigten Anspruch.“ Mit sanfter, dennoch unerschämter Gewalt werden die Werkschergen und ihre Trabanten an das Recht des christlichen Gewerkevereins auf diese Unterstützung bei den Wahlen erinnert! Die Grubenherren, die Nationalliberalen, die evangelischen Arbeitervereine, die Gelben sind verantwortlich zu machen, wenn der Bergarbeiterverband siegt und die Sozialdemokratie darum nicht unterdrückt werden kann!!! Darum ist ihre Unterstützung des Gewerkevereins eine Pflicht!

Bergarbeiter, Knappschaftsmitglieder! Prägt es euch dreimal ein, was das führende Zentrumsorgan herbeisehnt. Nichts anderes als eine Verschwörung gegen die Bergarbeiter soll zustande kommen!

Nicht genug, daß die Bergarbeiter massenhaft ihrem Verufe zum Opfer fallen — nicht genug, daß allerhand Krankheiten und Siechtum die Bergmannsleiber verzehren und zu früh zugrunde richten, nein, den Bergarbeitern will man auch ihre wirksamste Stütze und Vertretung im Knappschaftsverein nehmen! Deshalb die Verschwörung der verkappten und offenen Arbeiterfeinde, das Blasen der „Kölnischen Volkszeitung“ nach Sammlung gegen die um ihre Rechte kämpfenden Bergarbeiter.

Bergarbeiter, laßt euch nicht irre machen durch das Geschrei im christlichen Gewerkeverein, daß er die Hilfe der Zechen ablehnt. Es geht bei den nächsten Wahlen um seinen gewerkschaftlichen Kopf und Stragen. Das weiß der Gewerkeverein und er wird sich wie ein Ertrinkender an jeden Strohalm klammern. Nur nicht die Niederlage, die er erwartet, wenn er allein sich überlassen ist! Darüber ist er sich klar, wie die „Kölnische Volkszeitung“, daß ihm Zechenhilfe zuteil werden muß, will er auch nur einigermaßen Mandate retten. Bergarbeiter, wie dem auch sei, ob der Gewerkeverein mit den Zechen geht oder nicht, bereitet ihm bei den kommenden Kettefesterwahlen die Niederlage, die er sich reichlich verdient hat.

### Zu den kommenden Knappschaftswahlen. Der Zechengewerkeverein.

Fürchterlich erboht ist man im christlich-zentrierten Lager geworden, weil wir störend in das von ihnen erfeschte und angebahnte Kompromiß zwischen Zechen und Gewerkeverein eingegriffen. In der letzten Nummer der „Bergarbeiter-Zeitung“ haben wir kurz gezeigt, wie sich der Gewerkeverein christlicher Bergarbeiter vom Jahre 1904 ab als Zechengewerkeverein bei den verschiedenen Gelegenheiten aufgepiselt hat. Wir haben daher Tatsachen und Beispiele angegeben und damit unsere Behauptungen voll und ganz gedeckt!

Wunderbares Zusammentreffen! Die nationalliberale Partei beipflichtet auf der Parteikonferenz in Gattlingen die Frage der Knappschaftswahlen, wobei dem Zusammengehen mit dem Gewerkeverein das Wort geredet wurde. Nationalliberale Parteisekretäre bemühen sich in den Versammlungen der evangelischen Arbeitervereine um das Zusammengehen aller „nichtsozialdemokratischen“ Elemente gegen den Bergarbeiterverband und diese nationalliberalen Parteisekretäre führen sich als Hüte in christ-

### Eine Verschwörung gegen die Bergarbeiter.

Das führende Zentrumsorgan am Rhein, die „Kölnische Volkszeitung“, steht den christlichen Gewerkschaften sehr nahe. Sie ist es, welche allezeit eine Lanze bricht für die christlichen Gewerkschaften und diese gegen ihre Gegner selbst im Zentrums-lager in Schutz nimmt. Warum die christlich organisierten Arbeiter, wie auch die christlichen Bergarbeiter, das fortgesetzte Lob des genannten Organs einheimen dürfen, das zeigt auch mit sehr großer Deutlichkeit ein Artikel von ihr, der sich mit den kommenden Knappschaftswahlen befaßt.

Der Artikel ist veröffentlicht in Nr. 621 der „Kölnischen Volkszeitung“ vom 25. Juli 1910. Es wird hier auf die kommenden Knappschaftswahlen hingewiesen und festgestellt, daß der Bergarbeiterverband — der schlechteste als die sozialdemokratische Organisation bezeichnet wird! — die meisten Kettefester im Bochumer Knappschaftsverein hat. Die Ursache der numerischen Stärke des Verbandes über den christlichen Gewerkeverein sucht das Kölner Organ in der Einwanderung fremder Elemente nach dem Ruhrrevier, womit das Blatt selbstverständlich danebenhaut. Daß der Bergarbeiterverband im Dortmunder Bezirk und an der Ruhr entlang unter den alt eingewiesenen Bergarbeitern bei der Wahl der überhaupt vorhandenen Bergarbeiter seine besten Mitglieder in sich besitzt, weiß jeder Wissender. Dann geht das Blatt auf die Knappschaftswahlen ein und wir eruchen unsere Kameraden, sich gut zu merken, was das Kölner Organ, mit dem sich die übrigen Zentrumszeitungen einverstanden erklären, zu sagen hat. Wir bringen die diesbezüglichen Ausführungen vollinhaltlich bezw. wörtlich. Es heißt da:

„Das Wahlrecht für die Knappschaftswahlen ist ziemlich frei. Die Knappschaftsältesten werden von den beitragszahlenden männlichen, volljährigen, sich im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte befindlichen Mitgliedern gewählt. Die Wahl erfolgt öffentlich durch verdeckte Stimmzettel. Die große Mehrzahl der zum Ruhrrevier zugehörigen Arbeiter kann also mitwählen. Dadurch wird die Position der Sozialdemokraten natürlich gestärkt, womit aber nichts gegen diesen Wahlmodus gesagt werden soll.“

„D. beileibe nicht! Der Hinweis auf das freie Wahlrecht, in Verbindung mit der Einwanderung fremder Arbeiter, ist ganz zufällig.“ Und ebenso ist der Hinweis nur „reiner Zufall“, daß durch den freien Wahlmodus die Sozialdemokratie (soll heißen Verband) gestärkt wird!! Wir werden gleich unten sehen, wie es mit der Heuchelei des kommen Organs bestellt ist. Es führt weiter aus:

„Die Sozialdemokratie wird natürlich alles aufbieten, um ihre jetzige Stellung zu behaupten. Zurzeit herrscht deshalb zwischen den beiden großen Organisationen ein gespanntes Verhältnis. Ueberhaupt ist der Gegensatz zwischen den beiden Organisationen, trotz gelegentlicher gemeinsamer Aktionen, sehr groß. Das ist jedem Kenner der Verhältnisse bekannt. Der sozialdemokratische Verband steht im Gewerkeverein christlicher Bergarbeiter einen gefährlichen Konkurrenten, der ihm mit gutem Erfolg die Meinherrschaft in den Bergangebietern streitig gemacht hat. Daher auch der Haß gegen den Gewerkeverein und dessen Führer.“

Ohne den Gewerkeverein oder gar gegen denselben kann die Sozialdemokratie ihre politischen Ziele durch wirtschaftliche Bewegungen nicht erreichen. Der große sozialdemokratische „Wahlrechtsrummel“ ist im Ruhrrevier ziemlich spurlos vorbeigegangen, weil die christliche Organisation sich dieser rein politischen Frage gegenüber entsprechend ihrem grundsätzlichen Standpunkt — parteipolitische Neutralität — ablehnend verhielt. Und sollte die Sozialdemokratie einmal versuchen wollen, im Ruhrrevier durch den politischen Massenstreik einen Druck auszuüben, ein jämmerlicher Mißerfolg würde ihr beschieden sein. Solche Dinge sind im größten deutschen Industriebezirk unmöglich, so lange eine entsprechend starke christl. Bergarbeiterorganisation besteht. Das hat sich schon im Jahre 1903 bei dem damaligen Streik gezeigt. Schon damals versuchte der radikale Flügel der Sozialdemokratie, die Streikbewegung für sich auszunutzen. Die Herren wurden aber von den eigenen Parteigenossen, wenn von diesen auch mehr der Not gehorchend und vorläufig nur dem eigenen Triebe folgend, fast gestoppt.“

lichen Gewerkevereinsversammlungen ein, sind vielleicht gar als solche geladen worden und halten sündende Reden gegen den Verband und rufen alles „christlich-nationale Volk“ zum gemeinsamen Kampf gegen den Verband bei den kommenden bergmännischen Wahlen auf!!! So in Günttigsfeld.

Die Zentrumspreffe jubelt, mahnt und sorgt, wie wir das noch unten an anderer Stelle weiter zeigen werden, damit nur gar das christlich-nationale-zentriertlich-nationalliberale Mischmaschheer zum gemeinsamen Aufmarsch gegen den Bergarbeiterverband gelange. Alle, alle Gegensätze zwischen katholisch und evangelisch, zwischen dem Zentrum und dem „freimaurerisch“ angehauchten Nationalliberalismus, zwischen Arbeitern und Zechen sollen für diese Wahlen vergessen sein, nur damit der Saß und der Kampf gegen den Bergarbeiterverband, dem die Bergarbeiter gewiß vieles zu verdanken haben, wache und weiter ausreife. Nur darum, weil sich der Bergarbeiterverband unerschrocken und allezeit der Bergarbeiter angenommen hat, darum soll er zu Boden geworfen werden! Darum der Saß und darum das Bemühen, ein wirksames Kompromiß gegen den Bergarbeiterverband zustande zu bringen. Was helfen da alle Abstreitungsmänner! Der Versuch, das Kompromiß durchzuführen, ist gemacht worden, die Verhandlungen sind eingeleitet und bis heute fortgesetzt worden, unter Mitwirkung aller Beteiligten. Schon das allein ist genügend, um den Gewerkeverein christlicher Bergarbeiter auf das äußerste zu kompromittieren, ihn als eine Arbeiterorganisation hinstellen, die das Vertrauen keines einzigen Bergarbeiters verdient.

### Wenn Gewerkeverein und Zechen zusammenarbeiten!

Bei dem eifrigen Bemühen der Gewerkevereinsleitung, im „Bergknappen“ nachzuweisen, daß wir mit unserer Behauptung, der Gewerkeverein schließe mit den Zechen Bündnisse, unredlich hätten, war die Feder noch nicht trocken geworden und schon liegt wieder ein neues Schulbeispiel für die innige Verbrüderung und Kampfgenossenschaft des christlichen Gewerkevereins mit einer Zechengewerkschaft vor. Es handelt sich um die Rheinpreußen-Schichte — Firma Daniel!!

Für den Bezirk jenseits des Rheins fanden am 23. Juli die Berggewerkevereinswahlen statt. Bisher hatten die „Christlichen“ die Sitze der Arbeitervertreter beim Berggewerkegericht, im Arbeitsausschuß wie auch im Knappschaftsverein Rheinpreußen inne. Selbstverständlich reichte die Kraft des christlichen Gewerkevereins allein nicht hin, hier Eroberungen zu machen. Er war somit auf die Hilfe der Zechen angewiesen. „Es ist gut, daß die verfluchten Dösterreicher nicht mitwählen konnten, sonst erhielte der Verband fünfmal soviel Stimmen wie wir.“

So hieß es christlicherseits schon nach den Berggewerkevereinswahlen im Jahre 1906. Aber auch damals erbarmte sich die Zechen des Gewerkevereins. Grubenbeamte agitierten für den Gewerkeverein, Plakarbeiter wurden zur Wahl abkommandiert usw. usw.

Bei den Wahlen am 23. Juli d. J. wurden noch größere Anstrengungen seitens der Zechen Rheinpreußen gemacht, um den „Christlichen“ besser gesagt dem Gewerkevereins-Zechen-Mischmasch, zum Siege zu verhelfen. Fahrhauer, Aufseher, Strophenbolzen, Schichtmeister, Nutzfleischermeister, alles war auf den Weinen gegen den Verband. Sogar der Betriebsführer Christian legte sich mit ins Zeug, dieser ging sogar so weit, die Verbandsstimmenträger mit Gewalt an ihrer Arbeit zu hindern. „Heraus!“ hieß es, „sonst lasse ich Sie mit der Polizei hinausführen!“ Mit dieser Polizei war gewiß die bekannte Gummischlaue und Schlagringkolonne der Zechenfeuerwehr gemeint.

Auf Schacht III verteilte der Fahrhauer Osterfeld in der Bohnhalle die Stimmzettel für den Mischmasch! Die Verbandsstimmenträger wurden auch hier benutzigt und vom Zechenplatz zu verdrängen versucht. Dieser Versuch ist auch auf Schacht IV durch den Plakmeister gemacht worden. Es wurde beim Obersteiger Beschwerde geführt, wodurch das Vorhaben des Plakmeisters vereitelt wurde. Dafür aber befehlt der Obersteiger den Verbandszettelverteiler, die Mittagschicht zu verfahren. Auf Schacht V mußten die Bergarbeiter eine Beamtenschaft passieren.

Auf allen Schächten wurden um 1 Uhr die Schmieche, Schlosser, Schreiner, Plak- und Kofereiarbeiter und Lampenputzer zur Wahl abkommandiert, was den unterirdischen Belegschaftsmitgliedern gewiß nicht zum Nutzen war. Ueberhaupt wurde die Wahl von mittags 1—4 Uhr angelegt. Die Wahllokale waren die Fahrsteigerbureaus, angrenzend an die Steigerkaltler. Die Folge war, daß die Leute, die Material für die Grube zu holen hatten, erst längere Zeit sich hier aufhalten mußten, ehe sie abgefertigt werden konnten. Bis man im Waggon in die Broden zusammen hatte, war es Zeit zur Einfahrt. Die

Wahlfrist ist nicht einmal pünktlich eingehalten worden. Wahllegitimationen waren nicht ausgestellt worden. Es waren Listen angefertigt. Namen von Bergarbeitern, die schon längere Zeit auf Rheinpreußen arbeiten, waren nicht in der Liste aufzuführen. Oft fand man die Namen erst nach längerem Suchen heraus.

Dennoch wählte man die Verbandskandidaten anstelle der von „Christlichen“ und Zechen zusammengebrachten Mischmaschkandidaten.

So, nun hat man einen Vorgeschnack weg, wie es bei den kommenden Wahlen der Sicherheitsmänner und Kellern auf manchen Zechen zugehen wird!

Was sagt nun der christliche Weltkette Goerke zu dieser Wahl? Wird er sein Versprechen einlösen und dem Gewerkeverein den Rücken kehren? Und wird der Gewerkeverein christlicher Bergarbeiter jetzt noch wagen, Kompromisse zwischen ihm und den Zechen abzuschließen? Wäre der Gewerkeverein christlicher Bergarbeiter eine Organisation, die einen Funken von gewerkschaftlichem Ehrgefühl besäße, er müßte sich ob einer solchen Wahl schämen. Das gibt es aber nicht. Schamlos läßt man den Terror der Zechen gewähren, gilt doch dieser dem Bergarbeiterverband. Ein Wut dieser zechengewerkevereinslichen Leistung!

### Die Zentrumspreffe im Knappschaftswahlkampf.

Die Haltung der Zentrumspreffe zu ihren Gegnern ergibt sich aus der Formulierung der Normen auch für die Zentrumsorgane durch den Jesuitenprovinzial Chiandoni, niedergeschrieben in seinem Buche: „Der katholische Journalismus“. Hier wird den Zentrumsjournalisten empfohlen, die guten Eigenschaften des Gegners totzuschweigen, denn diese hätten kein Recht, daß man ihre guten Seiten lobt! Statt einzelne Teile oder Seiten zu loben, sollte man lieber ein Gesamturteil abgeben, das bei einem bösen Schriftsteller einer Beurteilung gleichkommen müßte! Oder man betone nur die schlechten Seiten, damit niemand ihn zu Tode wage!!!

So Chiandoni! Aber ihn hätte es gar nicht bedurft, da in den Zentrumsorganen schon aus innerer Ueberzeugung heraus so an den Gegnern, wie oben gelehrt, gehandelt wird. Dafür zeugt auch wieder ein Artikel, der in der vergangenen Woche in der Zentrumspreffe im Ruhrbecken unter der Ueberschrift: „Zur Knappschaftswahl“ umlief. Daß wir die Sammelpolitik aller nichtsozialdemokratischen Elemente für die kommenden Wahlen feststellen, wird als Phantasia bezeichnet, was aber nichts daran ändert, daß eben diese Zentrumspreffe am lautesten nach Sammlung schreit! Freilich, man kann einen weißen Keller hundertmal für weiß erklären, der Zentrumsstippstaffel bleibt er schwarz. Dafür vertreten sie auch jene Parteirichtung, die „Bismarck einst als „die Partei der Verlorenen und Salunken“ bezeichnete und von der der Katholik Sigl so treffend sagte: „Sie lügen wie die Teufel und schwindeln aus Prinzip!“

Die schwarze Schwindelpresse will nicht haben, daß die Sammelpolitik ein Ausfluß von Angst vor der Verbandsmajorität im Knappschaftsverein ist! Ja, wozu dann das erbärmliche Heulen und Weinen um alleseitige Unterstützung des Gewerkevereins bei den Wahlen? Selbst im Schmerz verlogen bis auf die Knochen! Um diese Verlogenheit zu stützen, greift man zu der weiteren Lüge, der Bergarbeiterverband habe den Streik von 1905 provoziert und der Verband hätte dann, als der Streik ausbrach, den Gewerkeverein um Hilfe angerufen, damit der Verband nicht allein die Verantwortung zu tragen hätte! Ja, Herr Effert ging hin und erklärte in Gelsenkirchen in einer Versammlung, im Dortmund Revier hätten die christlichen Bergarbeiter den Streik nur mitgemacht, weil sie sich vor dem Terrorismus der Verbandsführer fürchteten!! Diese Ausführungen werden wir uns einprägen, da die Zeit kommen wird, wo wir damit die verlogene Zentrumsstippstaffel links und rechts um die Ohren schlagen werden. Es hieße die christlichen Bergarbeiter, die im Jahre 1905 streikten, beleidigen, wenn wir ihnen das zumuten würden, was sie sich von ihrer Parteipresse bieten lassen müssen. Gern glauben wir, daß der Zentrumspreffe der Streik von 1905 wehe getan hat, darum verleugnet sie seine Ursachen und die Geschichte des Streiks. Wir leben eben jetzt in einer bösen Zeit und da müssen die Chiandonisjünger die Werkbesitzer von aller Schuld reintwaschen. Nach den Zentrumsorganen haben nicht die Werkbesitzer durch Bedrückung der Bergarbeiter den Streik im Jahre 1905 provoziert, nein, der Bergarbeiterverband war es! Und die armen Gewerkevereiner haben sich leider mitreichen lassen, wofür jetzt zentrumsseitig flehentlich bei den Werksherren um Verzeihung gebeten wird!!! Die ungeschuldigen Werkbesitzer! Wenn sie doch nur einsehen wollten, wie nötig ihre Hilfe bei den kommenden Wahlen ist. Um solche Werbearbeit und -arbeiter ist der Gewerkeverein wirklich nicht zu beneiden!

Die Chiandonosjünger suchen dann weiter das Märchen zu verbreiten, als ob der Bergarbeiterverband bei Gemeinderatswahlen die Wahl von Zechenkandidaten empfohlen hätte. In Versammlungen wird kolportiert, daß ein Verbändler (Poforn) in einer Debatte mit Dr. Braun in Münster das Zusammengehen der Sozialdemokraten und Liberalen gutgeheißen habe! Der Bergarbeiterverband hat mit Gemeinderatswahlen bisher noch nichts zu tun gehabt und sich deshalb bis jetzt mit solchen Sachen noch nicht beschäftigt. Wer das Gegenteil behauptet, ist ein Schwindler. Weit entfernt von der Wahrheit ist auch das, was über unseren Redakteur gesagt wird. Poforn hat in Münster (es handelte sich um eine politische Volksversammlung), in der beide Redner ihren parteipolitischen Standpunkt darlegten; die Gewerkschaftsfrage wurde kaum berührt! Erklärt: Wer die Gemeinderatsverhältnisse in den verschiedenen Orten des Ruhrbeckens kennt, könne verstehen, wenn sozialdemokratische Arbeiter hier und da lieber für einen liberalen, als für einen Zentrumskandidaten stimmen. Oft zwinge auch das Ehrgefühl, von einer Partei abzurücken, der es am politischen Meinlichkeitsgefühl mangelt. Wegen der Kampfesweise, wie sie das Zentrum oft genug beliebt, sei die Wahrung der politischen Reputation am Plage. Das ist, was Poforn gesagt hat und das halten wir auch so lange für richtig, bis die schwarze Stippstaffel ihren durch und durch verlogenen und unanständigen Charakter abstreift. Damit meinen wir nicht die Zentrumsorgane, sondern nur diejenigen unter ihnen, die aus Lüge und Lüge zusammengesetzt sind, die aber leider eine große Rolle im öffentlichen Leben zu spielen vermögen.

Weiter schreiben die Chiandonosjünger, daß der Bergarbeiterverband mit den Zechenbesitzern paktiert hat. Diese Behauptung ist so dummi, daß uns jeder Tropfen Kinn zu schade ist, um darauf zu antworten. Solche Märchen kann man Zrenhäusern erzählen. Aber recht bemerkenswert ist, daß die Zentrumspreffe in ihrem Saß gegen uns sich auf Leute beruft, die in letzter Zeit Sudelblätter gegen den Bergarbeiterverband fabrizierten und verbreiteten. Führt die Zentrumspreffe ihre nahe Verwandtschaft mit diesen Sudelblättern? Wir empfehlen, diese Leute im Knappschaftswahlkampf gegen den Bergarbeiterverband zu verwenden. Warum so zurückhaltend? Wenn die Verbrechlerlaufbahn als Examina genügt, dann klopf die Zentrumspreffe im Oberhausen-Neumühler Winkel an die rechte Lüre an. Wie war's also? Hat man aber keine Lust, sich mit Leuten, die allerhand auf dem Kerholz haben, zu literen, dann hüte man sich, diese als Kronzeugen gegen den Bergarbeiterverband aufzumarschieren zu lassen. Noch sind wir nicht so weit gegangen, die Chiandonosjünger mit den Oberhausen-Neumühler Herrschaften in einem Atem genannt zu haben. Oder will man uns dazu zwingen?

### Das 30 000 Mk.-Flugblatt.

Weil es den christlich-zentriertlichen Herrschaften anständigen und vernünftigen Waffen beraubt, klammern sie sich wie der Ertrinkende an einen Strohhalme, an das 30 000 Mk.-Flugblatt. In der Zentrumspreffe geht man in der Ausnutzung dieses Flugblattes etwas vorsichtiger vor, in den christlichen Versammlungen ist man rabiat.

So war es z. B. Herr Steger, der mit kräftigen und kräftigen Worten — die jetzt bei den Herren ja an der Tagesordnung sind — in der christlichen Versammlung in Datteln das Flugblatt für sich auszunutzen versuchte, mit dem Erfolg, daß fast die ganze Versammlung in Empörung über den christlichen Agitator geriet! Wir wollen unseren Kameraden die Episode nicht vorenthalten.

Steger: Kameraden, denkt an den Schurkenstreich mit dem 30 000 Mark-Flugblatt! Zwischenrufe: Wir sind bei den Sicherheitsmännern!

Poforn unterbricht Steger: Wer hat das 30 000 Mark-Flugblatt hergestellt?

Steger: Es ist aus der Verbandsküche gekommen.

Poforn: Drücken Sie sich doch deutlicher aus! Hat der Verbandsvorstand mit der Verfasserschaft und der Verbreitung des 30 000 Mark-Flugblattes zu tun? Ja oder nein?

Steger schweigt verlegen. Von allen Seiten wird ihm aus der Versammlung, zugerufen, Antwort zu geben!

Poforn: Sie sind ein feiger Mensch, wenn Sie nicht Antwort stehen. Sagen Sie ja oder nein!

Steger: Ich habe ja gar nichts vom Verbands-Vorstand erwähnt!

Hierauf bricht ein großer Tumult los. Aus preßgeheulichen Gründen verschweigen wir, was an Redensarten Herr Steger an den Kopf fliegt. Die Anwesenden sind bis auf ein Dutzend Personen, die schweigend und die Köpfe hängend sitzen blieben, aufgestanden und haben sich entfernt. Die Versammlung wurde geschlossen.

Als am Nachmittage Steger in Henrichenburg sprach, war er z. h. m. geworden! Wir bemerken ausdrücklich, daß an dem

### Industrie und Arbeiter im Reiche des Mikado.

Von Chagrin.

V. (Nachdruck verboten.)

#### „Wohltätiger Feudalismus.“

Die Kupferminen in Aschio stehen vom technischen und kommerziellen Standpunkt aus betrachtet in der ersten Reihe der großen Unternehmungen in Japan. Und ihre Eigentümer werden ohne Zweifel auch behaupten, daß sie in sozialpolitischer Hinsicht oben an stehen. Gegen diese Behauptung ist nun auch in Aschio ein Beweis zu finden. Schade nur, daß diejenigen, welche diese Sozialpolitik zu erweisen haben, ganz anders reden. Aber weil diese Kupferbergwerke in der Industrie Aschios mit oben an stehen und ihren Schutz- und Trutzmaßnahmen in andern Werken, soweit sie nicht schon existieren, nachgeahmt wird, verdienen sie eine nähere Beleuchtung.

In Aschio ist der von Ghent so trefflich geschilderte „wohlthätige Feudalismus“ in seiner schärfsten Ausprägung, in der schärfsten zu finden. Uebrigens ist diese Spezies ja auch in Deutschland nicht ganz unbekannt. Seine Dehne lautet bekanntlich: Etwas für das Volk, aber nichts durch das Volk! Der Arbeiter ist das Objekt dieser Wohltätigkeit. Seine Fürsorge trifft er, keine Wohltätigkeit gibt es, wenn sich dabei die Arbeiter für den Besessenen, den Arbeiter, drehen lassen. Jede Form des „wohlthätigen Feudalismus“ muß im letzten Grunde den Prinzip der Wohlthätigkeit garantieren.

Der Arbeiter steht mit jedem Tage, den er im Machtbereich des „wohlthätigen Feudalismus“ verbringt, neue Fesseln wachsend, aus denen er sich, je länger, je weniger, lösenden kann. Auch wenn der japanische Bergarbeiter Energie, Mut, Kraftbewußtsein und Möglichkeiten des Entkommens mit nach Aschio bringen würde, sie würden sich dort verflüchtigen, noch ehe der Mond gewechselt hat. Schon wenn er durch die jenseitigen Engpässe den Werken zuwandert, müssen sich bei ihm Gefühle der Beklemmung, eine unbestimmte Angst entwickeln. Und in demselben Augenblicke, wo er würdig befunden wird, dem „wohlthätigen Feudalismus“ Objekt zu sein, stellt er sich schon inmitten der Hölle, die alle Hoffnungen und Lebensregungen vernichtet.

Seit dem blutigen Aufstand (Februar 1907) sind diverse Änderungen vorgenommen worden. Einige der Beamten, gegen die sich der Haß der Revoluzierenden richtete, sind mehr in den Hintergrund gedrängt worden. Und die Arbeiter, die die Sturmgloden geläutet hatten oder ihrem Kufe folgten, kamen ins Gefängnis oder irren umher. Die Wohlthätigkeit, palätre Ausdrücke der proletarischen Wut zu unterbinden, wurde, neben der Verbesserung des Systems des „wohlthätigen Feudalismus“, auch wesentlich damit beruht, den Arbeiter auf allen Schritten zu kontrollieren, seine Bewegung zu sondieren und, wenn unzulässig oder gar gefährlich, zeitigen abzuschneiden. Diese prä-

ventivmaßregel ist so übel nicht. Denn sie garantiert dem Unternehmer jene innere Ruhe, die die erste Vorbedingung für die Steigerung des Profits ist. Aber eine Methode der Kontrolle, wie die in Aschio, konnte nur die günstigen Resultate zeitigen, wenn, wie dort, das Terrain, für das sie bestimmt, ein von der Natur und Verursacher abgeschlossenes Ganzes bildet, aus dem nur ein paar leicht kontrollierbare Straßen führen und das in der Nähe kein Konkurrenzunternehmen hat, nach dem die Unglücksbedenkten Hoffnungen und Schritte lenken können. Aber auf welche Art werden nun die Arbeiter in Aschio kontrolliert und gehalten?

#### Teilung der Arbeiter in Klassen.

Die ganze Minenarbeiterchaft ist in zwei Klassen eingeteilt, in indirekt und direkt Angestellte. Jeder Reuling wird vorerst indirekt angestellt, d. h. er zählt noch nicht zum festen Bestand des Unternehmens. Er steht nicht beim Unternehmer selbst sondern bei einem Beamten, sagen wir bei einem Steiger, im Arbeitsverhältnis. Wohl ist der Direktionsbeamte der Einstellung und dem Abgange des Indirekten unbedingte Mitteilung zu machen, aber sein Herr und Gebieter bleibt für die ersten fünf Jahre der Beamte. Durch diesen konnte er nur Stellung erhalten und ihn hat er auch an der Hand zu haben, wenn er seine Entlassung begehrt; er hat bei ihm zu wohnen und dieser bringt ihm auch den Lohn. Das Charakteristische der indirekten Anstellung ist, daß der betreffende Arbeiter von allem Anfang an für jede Handlung einen Vorgesetzten als Garantoren und Vormund haben muß.

Aber vor den Augen des indirekt Angestellten steht ständig das lockende Ziel, das zu erreichen ihm bei treuer Pflichterfüllung und absolutem Gehorsam in fünf Jahren erlaubt ist: nach Ablauf dieser Frist kann er unter Zustimmung seines Garantors (des Vorgesetzten) schriftlich um Aufnahme in die Kategorie der direkt Angestellten bei der Direktion nachsuchen. Ist nichts gegen ihn in Erinnerung, kann dem Gesuche entsprochen werden. Aber vorher hat er sich durch Eid und Unterschrift auf folgenden Kontrakt zu verpflichten:

„Ich verspreche, die Arbeitsordnung zu beobachten, Befehle und Anweisungen zu befolgen und fleißig zu sein. Abgesehen von Fällen unabwendbarer Notlage will ich meine Entlassung nicht fordern wegen höherem Lohn oder besseren Arbeitsbedingungen auf anderen Gruben. Im Falle schlechter Führung oder wenn es der Kompagnie konveniert, kann ich trotz des § 672 des Zivilgesetzes entlassen werden, ohne daß ich dagegen protestieren werde. Ich will die dem Laden der Kompagnie entnommenen Waren nicht verkaufen noch verleihen, noch will ich das Pulver der Kompagnie mißbrauchen oder verkaufen. Im Falle der Uebertretung ist die Kompagnie berechtigt, mich zu bestrafen, ohne daß ich mich dagegen auflehnen werde. — Auch will ich die anderen Arbeiter der Kompagnie nicht veranlassen anderswo in Stellung zu treten.“

Was ein solcher Kontrakt für einen vor der Autorität erstehenden japanischen Lohnsklaven bedeutet, leuchtet mit so schrecklicher Deutlichkeit ein, daß es nicht besonders herborgehoben zu werden braucht. Ist endlich die Aufnahme in die Kategorie der direkt Angestellten glücklich gelungen, erhält der Arbeiter von der Direktion eine papierne Anerkennung für seine fünfjährige Dienstzeit. Jetzt ist er auch gebunden, der Unterstützungseinrichtung beizutreten. Er kann sich nun dem Genusse der Privilegien, die die direkte Anstellung mit sich bringt, hingeben, d. h. es ist ihm erlaubt, sich ohne stete Begleitung, ohne führende Hand und ohne das wachende Auge seines unmittelbaren Vorgesetzten und Vormundes zu bewegen. Für seine Handlungen bildet jetzt der geleistete Eid und noch mehr die Arbeitsordnung die Richtschnur.

In der Arbeitsordnung steht u. a. geschrieben: Die tägliche Arbeitszeit ist zwölf Stunden; sie kann verlängert oder verkürzt werden. Im besonderen ist jetzt die Arbeitszeit für Bauer, Schlepper, Brenner usw. unterlage acht Stunden, für Wagenführer, Helfer usw. zwölf Stunden; für die Leute in den Schmelzhütten zwölf Stunden; für Maurer, Pfeilerfeger, Holzleger (Mafferbesetzung) acht Stunden; für Mädchen und Jungen unter 15 Jahren acht bis zwölf Stunden. Die erste Kategorie (Bauer, Schlepper usw.) wechselt alle fünf Tage den Arbeitsplatz (um Gleichheit des Verdienstes zu ermöglichen).

Im Krankheitsfall ist für Wegbleiben von der Mine vom Vorgesetzten Erlaubnis einzuholen. Zieht sich die (erlaubte) Abwesenheit über 30 Tage hin, tritt Entlassung ein. Wer sonst ohne Erlaubnis von der Arbeit wegbleibt, muß zehn Tage aussetzen. 27 Tage im Jahr sind als Ruhetage festgesetzt. Der gute Arbeiter (Bauer) kann auf eine jährliche Erhöhung des Lohnes bis zu 50 Prozent hoffen. Die Stundlöhne werden von Zeit zu Zeit geregelt. Die Auszahlung des in einem Monat verdienten Lohnes findet im folgenden zwischen dem 11. und 20. Tage statt.

Nahrungsmittel und Kleider können rechtlich geforderten Leuten von der Kompagnie auf Borg gegeben werden und werden dann jeweils am nächsten Zahltag in Abzug gebracht.

Wer praktische Vorschläge macht, wodurch Arbeiter geschützt oder der Ausbruch von Gefahren verhindert werden können (Vorbereitung von Streiks!), hat, wenn es ihm Geheumen tut, Belohnung zu erwarten.

Die Arbeitsordnung stellt auch für ununterbrochene Tätigkeit und langes Bleiben im Geschäft Prämien in Aussicht. Dieses System der Belohnung ist ein wenig kompliziert, derart verknüpft, daß man sich bereitwilligerweise fragen kann, ob der mit simpler Intelligenz ausgestattete braune Proletarier hier zu sehen imstande ist. Die Höhe der Belohnung richtet sich nach der Art der guten Tat und dem auch, welchen Wert sie für die Kompagnie hat und schließlich auch, in welcher Rohntage der gute Täter steht. (Für jede der Berufsgruppen ist eine



Wage darauf, daß er auch gestrichelt wird, so daß es schon zu Aufstehen und gründlichen Auseinandersetzungen gekommen ist. Auch betreibt er eine harte Agitation für den neugegründeten Kriegerverein; eingefahrenen Rumpel hat er schon wieder heraus ins Steigerbüro holen lassen und ihnen dann so lange den Kopf warm gemacht, bis sie den vorgelegten Mitgliedszettel unterschrieben haben. Die Kameraden werden sich dies auf die Dauer nicht gefallen lassen.

**Alaratschacht bei Rothendach.** Wohl noch nie haben soviel Mißstände auf diesem Werk bestanden, wie gegenwärtig. Die Schicht für die Mittagschicht beginnt mittags 2 1/2 Uhr und soll abends wieder um 11 1/2 Uhr beginnen. Leider ist dieses nicht der Fall, wird es doch abends 12 1/2 Uhr und später, ehe daran gedacht wird, daß auch für die Mittagschicht die Schicht zu Ende ist. Während der Aus- und Einfahrt soll bekanntlich die Förderung ruhen, was aber in den Hauptförderstellen nicht der Fall ist. Da kein Platz zum Ausstreuen vorhanden ist, so ist es als ein Wunder anzusehen, daß noch keine Unfälle passiert sind. Dieser Belampfen scheint man wohl nicht zu kennen, was, wenn Arbeiter allein vor Ort arbeiten, für diese recht läßliche Folgen haben kann. Das Fehlen der Lampen macht sich besonders im Flöz 17a bemerkbar, desgleichen sind auch dort die Fahrschächte sehr in Unordnung. Die Fahrten sind zerstückelt, so daß die Arbeiter manchmal nicht wissen, wo sie hinauf und hinunter sollen. Auf der Uebelstöße und dem Versuchsschicht gibt es gar keine Uebelstöße, Entweder müssen die Leute auf oder in den Tiefbau gehen. Tragbahnen kennt man da in der Grube nicht. Die Verunglückten werden auf Bretter gelegt und in die Förderstrecke geschickt. Von da geht es im Förderwagen bis Liebertage. Verbandszeug ist in der Grube ebenfalls nicht vorhanden. In der fünften Abteilung hat man noch nicht gehört, dort wären einmal die Vorschriften für Schlagschlagwerkzeuge vorgelesen worden. Die Zimmerung ist im allgemeinen sehr schlecht in Ordnung. In der ersten Abteilung wäre es dringend notwendig, daß die Grundstücke im zehnten Flöz vom Schicht 8 bis zum Hauptquerschlag erster Sohle einmal gründlich ausgegummert würde. Infolge des Umstandes, daß dort tagtäglich viel Leute passieren müssen, wird die Unfallgefahr nur noch vergrößert. Bei Flöz 10 (3. Abteilung) beträgt bei dem dortigen Fahrschacht die letzte Welle an manchen Stellen sage und schreibe 18 Zoll, ein Beweis, wie miserabel die Zimmerung dort imstande ist. Dabei muß durch diese Mißstände noch das Holz transportiert werden, gewiß keine angenehme Beschäftigung. In der Tagestrecke (Mische genannt) steht das Wasser manchmal zehn bis 12 Zoll über den Laufbrettern; die Leute müssen in dieser Jauche herumtrotzen. Die Laufbretter bestehen meistens aus Broden, wodurch es oft vorkommt, daß Arbeiter mit der Wasserseige Bekanntschaft machen.

**Liesbansschacht.** Die Reduzierung der Löhne steht auf diesem Schacht in höchster Blüte. Keine noch so geringfügige Gelegenheit wird vorbegehen gelassen, um nicht auf diesem Gebiete immer neue Lizenzen auszufahren. Schon seit langer Zeit wurde die Förderung von Lohneisenstein extra bezahlt; obwohl die Förderung dieser Produkte ganz verschwindend ist, so ist doch oben beschloffen worden, daß diese paar Pfennige nicht mehr extra berechnet sondern ganz einfach mit zum Lohn zu schlagen sind. Das Strafwesen kommt immer mehr in Schwung. Fortwährend werden neue Beamte angestellt. Durch solche Neuanstellungen wird nicht etwa den alten Beamten die Arbeit erleichtert, nein, ein jeder Beamte muß das ganze Revier durchreifen, damit auch jeder Haderschlag der Arbeiter beobachtet werden kann und mehr Gedingereduzierungen möglich sind. Die Folge davon ist, daß heute schon Hauerlöhne von 3,50 Mark pro Schicht zur Auszahlung kommen und noch ist kein Stillstand in dem Bestreben, die Löhne noch tiefer zu drücken, zu bemerken.

**Wenzelsgrube bei Neurode.** Aus dem zu obigem Werk gehörigen Curtischacht macht sich das Fehlen eines Verlesesales (Zechenstube) recht unangenehm bemerkbar. In Geldtagen oder bei anderen Anlässen, wo die Arbeiter längere Zeit warten müssen, müssen sie sich ganz einfach im Freien aufhalten, was bei schlechtem Wetter, besonders im Winter, gewiß nicht angenehm ist. Als kürzlich wieder einmal die Bergpolizeivorschriften zur Verlesung kamen, waren es nur ganz wenige, welche davon etwas zu hören belamen, weil eben der vorhandene Gang viel zu enge ist und der die Vorschriften zur Verlesung bringende Steiger in der Steigerstube die Verlesung abhält. Daß bei derlei Anlässen die Arbeiter fast eine Stunde länger als wie gewöhnlich auf der Grube bleiben müssen, wird von ihnen ebenfalls als keine besondere Annehmlichkeit empfunden. Abhilfe tut not.

### Achtung!

## Sicherheitsmännerwahlen!

Mit wenigen Ausnahmen finden die Sicherheitsmännerwahlen im Ruhrbecken am 27. und 29. August statt. Wir ersuchen dringend, die von den Zechen auszuliegenden Wählerlisten, die zur Einsichtnahme der Wahlberechtigten während zwei Wochen offen zu liegen haben, einzulegen. Nur so sichert man sich am besten das Wahlrecht. Kein Bergarbeiter halte sich von der Wahl fern!

## Aus dem Kreise der Kameraden.

### Oberbergamtsbezirk Dortmund.

### Christlicher Gewerbeverein und Sicherheitsmänner-Wahlen.

In den Versammlungen des Gewerbevereins christlicher Bergarbeiter wie in „Christlichen“ Flugblättern wird die Behauptung aufgestellt, daß der Bergarbeiterverband mit seinen Anschauungen über das Sicherheitsmännergesetz und seinen Inhalt eine Schwankung gemacht habe! Und zwar sei es der Verband, der der vom Gewerbeverein vertretenen Ansicht, daß die heutigen Sicherheitsmänner den unabhängigen, von Arbeitern gewählten und vom Staate befohlenen Arbeiterkontrollen vorzuziehen seien, beigetreten ist. Selbstverständlich ist das Schwindel und es bleibt auch ein christlicher Schwindel, wenn der Gewerbeverein auch Auszüge aus der „Bergarbeiter-Zeitung“ für seine Ansichten herauszuschälen sucht. Wie frech und wie verlogen der Gewerbeverein mit seinen Fälschungen vorgeht, das mögen folgende Gegenüberstellungen zeigen. In dem christlichen Flugblatt (Zur Wahl der Sicherheitsmänner) sind folgende Auszüge aus der Nr. 12 der „Bergarbeiter-Zeitung“ vom 19. März 1910 zusammengestellt:

„Das Gesetz ist geschaffen worden, damit es Gefahr im Bergbau vorbeugen helfe, damit diese Gefahren besser erkannt werden können wie heute, und damit den Ursachen der einzelnen Verunglückungen wie der Massenunglücke mehr wie bisher auf den Grund gegangen werden kann.“

Die Ergebnisse der Unfalluntersuchungen werden später mehr als bisher offenbar werden. Dafür werden geradlinige Sicherheitsmänner schon mitbringen helfen. Es wird sich die Notwendigkeit herausstellen, den Lohnverhältnissen im Bergbau die größte Aufmerksamkeit zu schenken, wenn man Unfallgefahren vorbeugen will.“

Wenn wir unsere Kameraden auffordern, sich an den Sicherheitsmännerwahlen zu beteiligen, dann veranlaßt uns hierzu auch noch die Tatsache, daß bei ehrlischer Pflichterfüllung der Sicherheitsmänner sich immer und immer mehr zeigen wird, daß die heutigen Lohn- und Bedingensysteme auf den Gruben unhaltbar geworden sind. Und weiter, daß heute noch stattgegebene Abbaumethoden verboten, gewisse technische und maschinelle Einrichtungen aus den Gruben entfernt ganz katern werden müssen, oder daß ihnen die Gefährlichkeit genommen wird, die sie heute besitzen.“

Der angezogene Artikel der „Bergarbeiter-Zeitung“ hingegen lautet in der Frage der Sicherheitsmänner wörtlich:

„Was den Werksherren im Bochumer Knappschaftsverein nicht gelangt mit den Verbandsältesten, wird ihnen auch nicht gelingen mit den vom Verbands aufgestellten und gewählten Sicherheitsmännern. „Welche Salbe“ soll aus dem Sicherheitsmännerhymen gemacht werden. So ist und seinzeit angebrocht worden. Das zu verhüten, wird Aufgabe des Verbandes und der Sicherheitsmänner sein. Die Fallstricke, die man jetzt schon den kommenden Sicherheitsmännern zu legen versucht, müssen unwirksam gemacht werden. Mehr und mehr zeigt sich, wie wichtig unsere Forderung auf Einführung unabhängiger Sicherheitsmänner ist.“

Nun sind wir erfreulicherweise schon gewohnt, über Bedenken hinwegzusehen, wenn es nötig ist. Im Knappschaftswesen, in den Schiedsgerichten, Berggewerkschaften usw., haben unsere Vertreter nicht nach den Bedenkligkeiten, die ihre wirtschaftliche Abhängigkeit mit sich brachte, gefragt. Jederzeit hieß es, furchtlos und ehlich die Interessen der Bergarbeiterschaft zu wahren. Und diesem Programm werden wir und unsere Kameraden da draußen in den Revieren in allen Fällen treu bleiben.“

Wenn der Verband sich trotz der Lücken im Gesetz, die Sicherheitsmänner betreffend, an den Wahlen beteiligt, dann geschieht das, um das Gesetz auszuprobieren. Ob wir uns dabei an den Zwischstufen der sogenannten papierenen Vorschriften halten, das hängt davon ab, was für die Bergarbeiter auf dem Spiele steht. (Das Gesetz ist geschaffen worden, damit es Gefahren im Bergbau vorbeugen helfe, damit diese Gefahren besser erkannt werden können wie heute und damit den Ursachen der einzelnen Verunglückungen, wie der Massenunglücke mehr wie bisher auf den Grund gegangen werden kann.) Wie notwendig die völlig einwandfreien Feststellungen der Unfallursachen sind, zeigen die statistischen Ergebnisse der Knappschaftsberufsgenossenschaften, auf deren Feststellung die Bergarbeiter gar keinen Einfluß haben. Arbeiter dürfen heute zwar Unfallverhütungsvorschriften mitberaten, aber irgend einen nennenswerten und direkten Einfluß auf die Durchführung dieser Vorschriften haben sie nicht. Sie werden sozusagen nur als Staffage zu den Beratungen hinzugezogen.“

(Die Ergebnisse der Unfalluntersuchungen werden später mehr als bisher offenbar werden. Dafür werden geradlinige Sicherheitsmänner schon mitbringen helfen.) Und bald wird sich zeigen, daß es Unsinn und Unfug zugleich ist, den Sicherheitsmännern zu verbieten, sich mit Nebenfragen, wie Lohnfragen, zu beschäftigen. Im Gegenteil, (es wird sich die Notwendigkeit herausstellen, den Lohnverhältnissen im Bergbau die größte Aufmerksamkeit zu schenken, wenn man Unfallgefahren vorbeugen will.) Und schließlich wird man nicht verhindern können, daß auch die Organisationen darauf drängen werden, daß ihre Sicherheitsmänner an den Lohn- und Arbeitsverhältnissen ihrer Gruben nicht achtlos vorbeigehen.“

(Wenn wir unsere Kameraden auffordern, sich an den Sicherheitsmännerwahlen zu beteiligen, dann veranlaßt uns hierzu auch noch die Tatsache, daß bei ehrlischer Pflichterfüllung der Sicherheitsmänner sich immer und immer mehr zeigen wird, daß die heutigen Lohn- und Bedingensysteme auf den Gruben unhaltbar geworden sind. Und weiter, daß heute noch stattgegebene Abbaumethoden verboten, gewisse technische und maschinelle Einrichtungen aus den Gruben entfernt ganz entfernt werden müssen, oder daß ihnen die Gefährlichkeit genommen wird, die sie heute besitzen.) Das gilt besonders den Schüttelkrücken und Revolverbohrmaschinen, mit denen heute die Verunreinigung von Menschenleben in den Bergwerken langsam aber sicher vorgenommen wird.“

„Nein, zur „Welchen Salbe“ wird das Gesetz, das man uns befehrt hat, nicht werden.“ Dafür wird der Bergarbeiterverband schon mitbringen. Und darum müssen in allen Revieren, wo die Sicherheitsmännerwahlen in nächster Zeit stattfinden, unsere Kameraden auf dem Plage sein. Wo die Vorarbeiten zu diesen Wahlen noch nicht erledigt sind, da muß das schleunigst nachgeholt werden. Es gilt, das Leben und die Gesundheit der Bergarbeiter zu schützen!“

So, nun lese jeder sich selbst heraus, wo das Gesetz von der „Bergarbeiter-Zeitung“ gelobt und gutgeheißen wird und wo die „Bergarbeiter-Zeitung“ auf die Wahl unabhängiger Kontrollen verächtet hat. Frecher, wie im christlichen Flugblatt, kann wohl nicht mehr geschwindelt werden.“

NB. Die in Klammern () gesetzten Sätze sind die vom Gewerbeverein aus unserem Artikel herausgeschalteten Sätze.

### Das Kompromiß zwischen christlichem Gewerbeverein und evangelischen Arbeitervereinen

ist zustande gekommen! So lautet ein Bericht von einer gemeinschaftlich abgehaltenen Konferenz in Gelsenkirchen. Nur einige Vereine wehrten sich gegen das Kompromiß. So weit wir in Kenntnis gesetzt worden sind, gibt es viele evangelische Arbeitervereine, die den Kampf gegen den Verband nicht mitmachen werden! Ehe sie das tun würden, träten sie lieber aus dem evangelischen Arbeitervereinen aus. Wir kommen auf die nutige Haltung evangelischer Arbeitervereiner noch zurück.“

### Herr Osten und Breil-Sorst-Gmscher.

die bei der Atestentwahl durchgefallenen Kandidaten des Gewerbevereins, machen ihrem bedrückten Herzen unter Verufung auf das Mädchen für alles, des Berggesetzes, wie folgt Luft:

„Unter Berufung auf den § 11 des Reichspräsidentengesetzes erziehen wir Sie, in der nächsten Nummer der „Bergarbeiter-Zeitung“ folgende Berichtigung aufzunehmen:“

„Unter dem Titel: Zur Niederlage der „Christen“ in Horstermark bringen Sie in der Nr. 29 der „Bergarbeiter-Zeitung“ vom 18. Juli einen Artikel, worin es heißt: „Der Sprengel ist so „bombenstich“ für die Christen gewesen, daß sie schon acht Tage vor der Wahl das Mandat in der Tasche fühlten und auch den Knappschaftsbescheid samt den Unterschriften zu dem christlichen Kandidaten gebracht haben.““

Hierzu bemerken wir, daß diese Behauptung unwar ist, denn zu keinem von uns, den unterzeichneten christlichen Kandidaten, ist der Knappschaftsbescheid sowie Unterschriften gebracht worden.“

Sorst-G., den 20. Juli 1910.

H. Osten.

Schmerz, laß nach!

H. Breil.

### Der Kriegerverein in Haarzopf auf dem Kriegspfade.

Wie ein jedes andere weltverlorene Kaff seinen Kriegerverein hat, der seine Hauptaufgabe darin erblickt, der freiorganisierten Arbeiter-schaft Knüppel zwischen die Beine zu werfen, so haben wir auch hier solches Gebilde, das seine „unpolitische“ Aufgabe, die darin besteht, den Verband zu bekämpfen, wirklich ernst nimmt. Wenn die Erfolge der teuflichen Mamen bis jetzt für mich waren, so liegt das wirklich nicht an dem guten Willen dieser Herrschaften. In letzter Zeit stellt sich der Kriegerverein mehr auf die Hinterbeine, um der Zahlstelle des Bergarbeiterverbandes das Lebenslicht auszublafen. Die Armen! Die un-mittelbare Ursache dazu gab folgendes: Der Kriegerverein wuschelt jedes Jahr sein Lokal; ein Jahr tagt er bei von Söhnen und ein Jahr bei Erbach. In diesem Jahre tagt der Kriegerverein bei Wirt Erbach, wo auch die Zahlstelle des Verbandes tagt. Die Zahlstelle Haarzopf hat nun beschloffen, am 28. August ein Fest zu feiern und hat den Saal beim Wirt Erbach auch bereits festgemacht. Der Kriegerverein will nun aber auch am 28. August seinen Gedankentempel beim Wirt Erbach abhalten. Der Wirt Erbach sagte zu den Kriegern, daß sie auf einen anderen Sonntag feiern möchten, weil er bereits der Zahlstelle den Saal versprochen habe. Da kam er aber schon an, denn er hatte die Rechnung ohne den neuen Vorstehenden Wahpoff gemacht. Der Kriegerverein feiert jetzt am 28. August bei Wirt von Söhnen. Der Wirt Karl von Söhnen hatte nichts eiligeres zu tun, als die „Bergarbeiter-Zeitung“ abzusetzen. Die Mitglieder der Zahlstellen Haarzopf und Umgegen mögen sich das ins Gedächtnis einprägen, besonders bei der bevorstehenden Knappschafts-Atestentwahl, weil bei von Söhnen wahr-scheinlich das Wahllokal ist. Die Sache des Kriegervereins besteht darin, daß er jetzt die Verbände aus dem Verein herauswirft. Das ist auch

recht, denn was tun freiorganisierte Arbeiter in einem Kurverein. Die Pflicht der Zahlstellenmitglieder des Verbandes ist aber, alle Verfammlungen zu besuchen und dafür Sorge zu tragen, daß am 28. August der Saal bei Erbach viel zu klein ist und daß es ein Ehrenrag für den Bergarbeiterverband wird.“

### Der Ransfelder „Bergbote“ bekennt seine Unwahrscheinlichkeit

und zwar wie folgt: „Die 20 000 Mark Angelegenheit, die dem Vorstand des Bochumer Verbandes recht peinlich ist, wurde in einer vom Reichsverband am 25. April in Hettfeld veranstalteten Versammlung vom Generalsekretär Michaelis-Galle besprochen. Gestützt auf andere Berichte referierten wir in unserer Nummer 17 d. Z. ebenfalls über diese Versammlung in dem Sinne, daß die be-wußten 20 000 Mark Streifgelber an die russischen Rebellen vom Bochumer Verbands abgehandelt seien. Das hat Herr Michaelis, wie er uns mitteilt, nicht gelagt, sondern er hat es offen gelassen, welche sozialdemokratische Stelle das Geld abgehandelt hat.“ Jedenfalls steht die Tatsache fest, und ist durch das Protokoll des Vorstandes des sozialdemokratischen Parteivorstandes zu Jena bestätigt, daß 20 000 Mark Streifgelber, die für die ausländigen Ruhrbergleute gesammelt worden waren, zur Unterstützung der russischen Revolution verwendet worden sind. Der Vorstand des Bochumer Verbandes hat es übrigens vorzüglich vermieden, die Sache zu einer gerichtlichen Entscheidung zu bringen. In einem 1908 in der 20 000 Mark-Angelegenheit ange-klagten Prozeß gegen den Redakteur Gantamer in Essen er-schienen vor dem Landgericht Essen in dessen Sitzung vom 23. April 1908 weder Herr Gantje, noch Herr Hue, die Privatkläger, noch ihr Rechtsbeistand, so daß sie ohne weiteres kostenpflichtig abgewiesen wurden.“

Ist das nicht niedlich! Dieses Geständnis gewinnt aber noch an Bedeutung, wenn man weiß, daß der Vorstand unseres Verbandes den Redakteur des „Bergboten“ verklagt hat. Der Mann hat also Gelegen-heit, den Wahrheitsbeweis zu erbringen und da kneift er und ver-krächt sich hinter andere (welche?) Berichte. Herr Michaelis will die Frage offen gelassen haben, welche Stelle das Geld abgehandelt hat. Und doch ist im Handbuch des Reichswahrheitsverbandes, in dessen Diensten der Herr steht, gesagt, daß der sozialdemokratische Parteivorstand das Geld abgehandelt habe. Die Stelle des Protokolls des sozialdemokra-tischen Parteivorstandes, welche nach dem „Bergboten“ bestätigt soll, daß der Parteivorstand 20 000 Mk. Streifgelber nach Rußland geschickt haben soll, lautet:

„Zunächst bewilligte der Parteivorstand 10 000 Mk. zur Unter-stützung der Opfer. Wiederholt wurden dann den russischen Ge-nossen kleinere Beträge zur Verfügung gestellt. Als dann der Berg-arbeiterfreiz beendet war und noch ausstehende Beträge eingingen, wurden auch diese den Brüdern in Rußland zugewiesen. Im ganzen an 20 000 Mk.“

Man vergleiche das mit dem, was der „Bergbote“ schreibt und man wird finden, daß er auch hier nicht die Wahrheit berichtet. Neben-bei ist kein Pfennig Geld, welches für die streifenden Bergarbeiter bestimmt war, nach Rußland geschickt worden. Die nach Rußland ge-schickten Gelder waren nach Beendigung des Streiks eingegangen, nach-dem der Vorstand des Bergarbeiterverbandes schon erklärt hatte, daß Unterstützungen nicht mehr benötigt würden. Darauf befragte der Parteivorstand die Geber im einzelnen, ob sie bereit wären, die für den ursprünglichen Zweck nicht mehr verwendbaren Summen für die Opfer der russischen Revolution herzugeben. Nur das Geld, welches von den Gebern ausdrücklich für die Opfer der russischen Revolution bestimmt wurde, wurde dorthin geschickt. Den Wünschen einzelner Geber, die ihre Spenden anderweitig verwendet wissen wollten, wurde in jeder Beziehung Rechnung getragen.“

Als der Streik ausbrach, bewilligte der Parteivorstand sofort 20 000 Mk. aus eigenen Mitteln. Was hat der Reichswahrheitsverband und der „Bergbote“ gependelt? Nicht! Durch Sammlungen brachte der Parteivorstand bis zum 3. März 1905 (am 9. Februar war der Streik schon beendet worden) insgesamt 277 908,16 Mk. auf. Was haben der Reichswahrheitsverband und der „Bergbote“ für die Berg-leute getan? Nichts! Bis Ende Februar 1905 hatten an Streif-geldern aufgebracht:

Bergarbeiterverband	1 430 000 Mk.
Gewerbeverein	280 000 Mk.

Die winzige Summe, die der Gewerbeverein aufgebracht hat, be-weist, daß er von seinen Gönnern vollständig im Stich gelassen wurde. Ohne Bewußtsein haben die Gewerkevereiner die reichen Gaben der „revolutionären“ sozialdemokratischen Partei angenommen, um dieselbe nachher gemeinsam mit dem Reichswahrheitsverband und dem „Berg-boten“ zu beschimpfen.“

Der Redakteur der „Essener Volks-Zeitung“, Gantamer, ist 1005 vom Schöffengericht in Essen freigesprochen worden, weil das Gericht es nicht für erwiesen hielt, daß Gantamer in einer Versammlung in Stoppenberg gesagt hatte, der Verbandsvorstand hätte 20 000 Mk. an die russischen Revolutionäre geschickt. Vor dem Landgericht in Essen sind die Prozeßbeteiligten Sache und Hue auf Anraten ihres Rechts-anwalts Dr. Niemeyer nicht erschienen, weil neue Beweise, daß Gan-tamer die fragliche Äußerung getan hatte, nicht beigebracht werden konnten. Gantamer ist also nur freigesprochen worden, weil er be-strikt, die fragliche Äußerung getan zu haben und dieses auch nach Ansicht des Gerichts nicht erwiesen war. Wir überlassen es nun unseren Lesern, diese Darstellung des Sachverhalts mit dem Geschreibsel des „Bergboten“ und der Erklärung des Herrn Michaelis zu vergleichen und sich selbst ein Urteil zu bilden.“

### Wie die Zechen Wahlbestimmungen für Zechen-Unterstützungskassen anlegen.

Die Deutsch-Lugemburgische Bergwerksgesellschaft läßt folgende Bekanntmachung los:

„Auf Grund der Bestimmungen des Allgemeinen Berggesetzes wird nach Anhörung der Arbeiterausschüsse für die Zechen unserer Gesellschaft folgenden Nachtrag:

**Nachtrag**  
zu den Grundätzen für die Verwaltung der Zechenunterstützungskassen der Zechen Dannenbaum, Prinz-Regent, Friedricher Kladbar, Gajenwinkl, Bruchstraße, Wiendahlshant, Luitje-Deifau der Deutsch-Lugemburgischen Bergwerks- und Güten-Aktion-Gesellschaft.“

Der § 4 der Grundätze für die Verwaltung der Unterstützungskasse vom 31. 10. 05 wird abgeändert und erhält folgenden Wortlaut:

Die Unterstützungskasse wird unentgeltlich verwaltet durch einen Vorstand, welcher sich zusammensetzt aus dem Grubeninspektor oder Betriebsführer der Zeche als Vorsitzenden, zwei von der Verwaltung zu bestimmenden Beamten oder Angestellten und drei Arbeitern, die der Arbeiterausschuss aus seiner Mitte wählt. Die Wahl findet in einer ordnungsmäßig einberufenen Versammlung des Arbeiteraus-schusses statt. Die Wahl erfolgt in der Weise, daß jedes anwesende Mitglied des Arbeiterausschusses mindestens drei Namen nennt. Als gewählt gelten diejenigen drei Vertreter, welche die meisten Stim-men auf sich vereinigen. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los. Für die von der Zechenverwaltung bestimmten Beamten oder An-gestellten sind Ersatzmänner zu benennen. Scheidet ein dem Vor-stande der Unterstützungskasse angehörendes Ausschussmitglied aus dem Arbeiterausschuss aus, so findet für den Vorstand der Unter-stützungskasse eine Ersatzwahl statt. Dieser Nachtrag tritt am 1. Sep-tember 1910 in Kraft.“

Bochum, den 23. Juli 1910. R. Reppert.

Die genannte Zechengesellschaft kollidiert u. G. mit der münd-lichen Wahl mit den für alle geltenden Grundätzen, daß Wahlen der Ausschussmitglieder geche in sein müssen, auch wenn es sich um Wahlen der Verwaltungspersonen aus Arbeiterkreisen für Zechen-Unterstützungskassen handelt. Wir machen die Bergbehörde auf obige Bekanntmachung aufmerksam.“

### Provinz Sachsen, Brandenburg u. Thüringen.

### Niebed verwendet keine schwarze Listen!

Die Verwaltung der Niebedschen Montanwerke fühlt sich niemals schämmer gekränkt, als wenn ihr nachgewiesen wird, daß sie in ihrer Anwendung kapitalistischer Ausbeuterpraktiken im kein Jota besser ist, als die Leitungen anderer industrieller Unternehmungen. Sie ist frampfhaft bemüht, der Welt glauben zu machen, daß „ihre“ Arbeiter in ihrem Betriebe trefflich aufgehoben seien und sich eigentlich gar nichts Besseres wünschen könnten, als just für die A.-G. Niebed Profit herauszuschlagen. Wie recht aber die tun, die sich im Inneren noch etliche gelinde Zweifel an solcher überwältigenden Summarität bewahrt haben, beweist ein Geheimaktual aus dem Niebedschen Betriebe, wel-

Protest gegen Steger sich auch eine große Anzahl bekannter Nichtverbändler beteiligte.

Durch die obige Episode zeigt es sich, wie verstockt und feige die Angriffe erfolgen. Damit könnte man über das 30 000 Mark-Flugblatt zu Tagesordnung übergehen, wenn es nicht die Hauptrolle gegen uns im Anknappschäfts-Wahlkampf spielen wird.

Und ferner weisen wir auf das anonyme Zirkular gegen den Kameraden Bokorny hin. Gerade in der Zeit, wo man christlicherseits sich so sehr über das 30 000 Mark-Flugblatt aufregte, wurde das Zirkular gegen unseren Kameraden vervielfältigt und durch christliche Bezirksleiter den Vertrauensleuten des Gewerksvereins und anderen Vergleuten zugestellt.

Als Sache von dem 30 000 Mark-Flugblatt hörte, hat er sofort Gegenmaßnahmen getroffen, um die Flugblattverbreitung zu verhindern und unwirksam zu machen.

Sache konnte nicht wissen, ob Spaniol die Wahrheit gesagt hatte, als dieser darauf hinwies, daß er von der Bestechung Bruffs von einem christlichen Vertrauensmann gehört habe.

Sache hat jederzeit das Spaniolische Flugblatt beurteilt, die Verhandlung mit; die Gewerksvereinsleitung hat sich anlässlich des Zirkulars gedrückt. Der „Bergknappe“ kam her und bedröhte sogar das Flugblatt mit neuen schmutzigen Angriffen gegen Bokorny.

Kurz vorher hatte Effert in einem Schreiben an die Redaktion der „Bergarbeiter-Zeitung“ mit „Entstellungen“ aus dem Vorleben von Verbandsbeamten gedroht.

Der Verbandsvorstand hat vor Gericht nachgewiesen, daß er mit der Verfälschung und Verbreitung des Spaniolischen Flugblattes nichts zu tun hatte, die Gewerksvereinsleitung aber hat ihre Finger bei dem anonymen Zirkular gegen Bokorny im Spiele gehabt!!!

Im übrigen ist der „Bergknappen“-Redakteur, der den Verbandsvorstand mit dem 30 000 Mark-Flugblatt frampfhaft in Verbindung zu bringen versuchte, gerichtlich zur Rechenschaft gezogen und bestraft worden!

Wenn nun der Gewerksverein das 30 000 Mark-Flugblatt in diesem Wahlkampf nicht glaubt entbehren zu können — es sind inzwischen sechs Jahre seit der Fertigstellung dieses Flugblattes vergangen — dann sei man auch ehrlich genug und er-

wähne die Probokationen, mit denen die Bergarbeiter und der Bergarbeiterverband christlicherseits überschüttet wurden.

Die zarte christliche Gewerksvereinsleitung sollte nicht nur in Schreikämpfe verfallen, wenn es sich um Handlungen einzelner Menschen im gegnerischen Lager handelt, sondern wenn der Dreck haufenweise vor der eigenen Tür liegt, diesen wegzuschaffen suchen.

An der Spitze des Gewerksvereins stand August Bruff, der eine vergrößerte Ausgabe der Chiandonischen Journalistenmoral personifizierte.

„Ich (Bruff) weiß, daß die Verbandsleitung ehrlich wirt-schaftet, aber es ist mein Geschäft, sie zu verdächtigen!!!“

Als der Zeichner dieser von Bruff verfaßten Flugblätter, Herr Kirup, nachher vor Gericht sich verantworten sollte, hat man um Gnade! Damals sollte vor Gericht über das 30 000 Mark-Flugblatt als gleichfalls verhandelt werden.

Der Verbandsvorstand hat dem Verfasser des 30 000 Mark-Flugblattes und der Öffentlichkeit gegenüber keinen Zweifel darüber gelassen, daß das Flugblatt aufs strengste zu verurteilen war.

Man schreibt nun, wir hätten Spaniol und eventuell auch Götte entlassen sollen. Nein, dazu lag nach der überaus erbärmlichen Kampfesweise des Gewerksvereins keine Veranlassung vor.

Der Verbandsvorstand hat dem Verfasser des 30 000 Mark-Flugblattes und der Öffentlichkeit gegenüber keinen Zweifel darüber gelassen, daß das Flugblatt aufs strengste zu verurteilen war.

Man schreibt nun, wir hätten Spaniol und eventuell auch Götte entlassen sollen. Nein, dazu lag nach der überaus erbärmlichen Kampfesweise des Gewerksvereins keine Veranlassung vor.

Der Verbandsvorstand hat dem Verfasser des 30 000 Mark-Flugblattes und der Öffentlichkeit gegenüber keinen Zweifel darüber gelassen, daß das Flugblatt aufs strengste zu verurteilen war.

Der Verbandsvorstand hat dem Verfasser des 30 000 Mark-Flugblattes und der Öffentlichkeit gegenüber keinen Zweifel darüber gelassen, daß das Flugblatt aufs strengste zu verurteilen war.

Der Verbandsvorstand hat dem Verfasser des 30 000 Mark-Flugblattes und der Öffentlichkeit gegenüber keinen Zweifel darüber gelassen, daß das Flugblatt aufs strengste zu verurteilen war.

Der Verbandsvorstand hat dem Verfasser des 30 000 Mark-Flugblattes und der Öffentlichkeit gegenüber keinen Zweifel darüber gelassen, daß das Flugblatt aufs strengste zu verurteilen war.

Über Herr Effert!

Unsere Kameraden mögen uns vergeihen, wenn wir noch ein Kapitel unter dieser Rubrik bringen und es Herrn Effert widmen. Die Zentrumspresse hat sich eben zu viel und in langer Spalten in allerhand Angriffen gegen den Bergarbeiterverband ergangen.

Herr Effert hat am Sonntag den 21. Juli eine Rede gehalten und zwar in Gelsenkirchen. Sein Thema war: Die gewerkschaftlichen Aufgaben der nächsten Zeit.

Der „Vorwärts“-Artikel hat die christlichen Gewerksvereinsführer aus dem Häuschen gebracht. Im Verein mit der Zentrumspresse heulen sie laut auf.

Der „Vorwärts“-Artikel hat die christlichen Gewerksvereinsführer aus dem Häuschen gebracht. Im Verein mit der Zentrumspresse heulen sie laut auf.

Der „Vorwärts“-Artikel hat die christlichen Gewerksvereinsführer aus dem Häuschen gebracht. Im Verein mit der Zentrumspresse heulen sie laut auf.

Minengesetz.

Das Gesetz verlangt: Die Bestimmungen über Anstellung und Arbeit der Bergarbeiter unterliegen der Zustimmung des Chefs des Minendepartements.

Vorschriften der Minenpolizei.

Auf automatischen Bahnen und Aufzügen ist es verboten, andere Personen als den Führer fahren zu lassen, wenn Präventionsregeln nicht vorhanden sind.

Unfallversicherung.

Die Zahlungen des Minengesetzes verpflichten die Minenbesitzer, für Unfälle Entschädigung zu zahlen. Der Zwang durch Androhung von Strafen scheint nicht sehr groß zu sein.

Daß die so schrecklich rapid wachsende Gefatombie die Arbeiter davon abhält, ist einleuchtend. So ist der Unternehmer und die Gewerkschaften, etwas zu tun, was wie ein Verbinden der Wunden am Leibe der Arbeiterhaft ausseht.

weisse Arbeitsunfähigkeit und für Behandlung, wenn arbeitsfähig. Die Höhe der Unterstützung ist nach sechs Staffeln geregelt. Für die Einverweigerung in die Klassen (Staffeln) ist die Länge der Zugehörigkeit zur Kompagnie maßgebend.

Gegenseitige Hilfskasse.

Diese Kasse unterstützt alle die, welche durch Unfall krank oder arbeitsunfähig geworden sind, dann die, welche länger als sieben Tage krank und zuletzt Unfallverletzte, die mehr als fünf Tage arbeitsunfähig sind.

Die Einnahmen der Kasse bestehen aus den Zuschüssen der Kompagnie (einmalige Zahlung von 1200 Mk.) und den Monatsbeiträgen der Arbeiter (20 Pf. pro Monat) und sonstigen freiwilligen Beiträgen.

Arbeiter, die dauernd arbeitsunfähig oder die, bei denen noch Hoffnung auf Genesung besteht, aber sich noch in Behandlung befinden, erhalten,

Table with 2 columns: 'wenn in der Mine tätig' and 'pro Tag'. Rows show amounts for different durations of illness (1 year, 2-4 years, 4-7 years, 7-10 years, over 10 years).

Weiter werden einmalige Unterstützungen an vollständig Erwerbsunfähige und an die Hinterbliebenen der durch Unfall Getöteten geleistet. Die Höhe der Summe richtet sich nach der Lohnklasse, in welcher der Unterstützungsempfänger stand und nach der Dauer seiner Tätigkeit bei der Kompagnie.

Anzahl Lohnklassen geschaffen.) So wird z. B. dem unbescholtenen Angehörigen der ersten Lohnklasse, wenn er pro Monat nicht mehr als zwei Tage von der Arbeit wegbleibt, ein Bonus von zwei Tagelöhnen gezahlt; dem der zweiten Lohnklasse ein Bonus von anderthalb Tagelöhnen; dem der dritten Lohnklasse ein Bonus von einem Tagelohn usw.

Über der „wohlthätige Feudalismus“ verdient nicht seinen Namen, würde seinen Zweck nicht erfüllen, wenn er nur belohnen und nicht auch bestrafen wollte. Noch rapider als die Belohnungen steigen die Strafen.

Wie schon gesagt, sind für jede Berufsgruppe (mit Zeitlohn) Lohnklassen geschaffen. Es haben

Table with 3 columns: 'Lohnklassen', 'die Löhne schwanken zwischen', and numerical values for different professions like 'Hauer, Pfeilerseher', 'Schlepper', etc.

Der Neuling beginnt mit der untersten Klasse. Das Aufsteigen in eine höhere ist keineswegs durch Zeitnormen bestimmt. Je höher die Lohnklasse, je geringer die Zahl der Zugehörigen. In der obersten steht gewöhnlich nur ein, vielleicht zwei Mann.

Munde weg! Wo war Herr Effert bei den verschiedenen Volksauspöcherungen, die mit auf das Konto christlicher Arbeiterführer fallen? Es gehört ein großer Mut dazu, erst den Arbeitern in Krisenzeiten die Lebenshaltung verteuern zu helfen und dann sich auf die Medientribüne zu stellen, um über die schlechte Lage der Arbeiter zu jammern!

Dann suchte Effert abzustreiten, daß ein Kompromiß mit den Zeichen angebahnt werden sollte. Wir verweisen auf die Artikel, die wir in dieser Frage geschrieben haben. Von unseren Feststellungen nach dieser Richtung hin haben wir nichts zurückzunehmen, umso mehr, als man zehnjährig das Gerede um Zeichen verstanden hat. Herr Effert darf nicht glauben, und durch japhitische Redensarten hier irre zu führen. Wie auf der Reiche Rheinpreußen, so und ähnlich werden sich die Knappschaffs-Wahlen überall da vollziehen, wo dem Gewerksverein zehnjährig geholfen werden soll. Doch darüber reden wir noch später mehr.

Wagen wir den Versuch, uns durch das hieroglyphische Sprachengewirr, das Effert in Gelsenkirchen produzierte, durchzuringen. Wir haben den Bericht der „Gelsenkirchener Zeitung“ hierüber vor uns liegen und da verstehen wir, daß Effert in der Tat an die Dummheit und Vergeßlichkeit seiner Zuhörer sehr hohe Ansprüche gestellt hat. Er sprach, als hätte es vor einem hohen Jahre noch keinen Effert gegeben, einen Effert, der sich stets als der Kriegstrompeter und der Wegbegleiter der Ruhrbergarbeiterschaft in aufdringlichster Weise aufgespielt hat. Ja wohl, der Effert war ganz dazu berufen, eine solche Rede zu halten, die in ihrem Inhalt das Bekannte ausdrückt, eher den Gewerksverein zu einer Streikbrecherorganisation werden zu lassen, als sich in entscheidenden Momenten der Interessen der gesamten Bergarbeiter zu erinnern!!! Um sich hierbei den Beifall der Versammelten zu sichern, drehte Effert derartig auf, daß es uns gewundert hat, daß keiner merkte, wie sich die Balken im Saale bogen. Nach dem „Vorwärts“-Artikel will der Bergarbeiterverband den Gewerksverein deshalb in einen Streik verwickeln, um diesen zu zertrümmern. Im „Vorwärts“ sei der Bruderkampf gegen den Gewerksverein bis aufs Messer proklamiert worden — die gänzliche Abschichtung durch einen Streik! Aus allen zehn Fingern hat sich Herr Effert diese Unwahrheit und Unversöhnlichkeit zugleich gezogen, und das alles nur zu dem Zweck, die kommenden Bundesgenossen im Kampfe gegen den Bergarbeiterverband bei den kommenden Wahlen zu zeigen, wie eine Hand die andere waschen kann! Der Gewerksverein ist nämlich nicht undankbar. Helfen die Schutztruppen der Zeichen dem Gewerksverein bei den Wahlen, dann wird der Gewerksverein dafür sorgen, daß die Werkherren nicht durch einen Streik bebrängt werden! Das war der langen Rede kurzer Sinn. Das entpöchte auch ganz dem innigen Verlangen der „Rheinischen Volkszeitung“. Aber daß Herr Effert es war, der sich hierbei als Schrittmacher aufstellte, das ist, was wir als das bemerkenswerteste halten, er, der sich wie ein Pfau jahrelang mit dem Titel „Vorsitzender der Siebenerkommission“ prunkte, auch dann sich noch diesen Titel gefallen ließ, als die Siebenerkommission schon entfallen war. Dieser einstige Vorsitzende der Siebenerkommission wagt es in öffentlicher Bergarbeiterversammlung, ein Bild von dem Ausbruch und Entwicklung des großen Streiks im Jahre 1905 zu geben, das jeder Wahrheit ins Gesicht schlägt. Jedes Wort, das er diesem Streik widmete, war ein Wort des Hohnes für die im Jahre 1905 streikenden Bergarbeiter, die zum Teil ja auch die Zuhörer in Gelsenkirchen bildeten. Effert drehte auch die Wahrheit um, als er die Behauptung aufstellte, der Bergarbeiterverband habe 1905 den Streik provoziert!!! Die Christlichen wären nur den Hilferufen des Verbandes, doch mitzumachen, gefolgt!!! Warum Herr Effert 1905 nicht schon so geistreich war, wie in Gelsenkirchen, das sagte er wohlweislich nicht. Damals hätten christliche Arbeiter Herrn Effert mit Grazie von der Bühne geholt und zur Saaltüre hinausgedrückt. Nun bittet die „Rheinische Volkszeitung“ bei den Zeichen für Effert, weil er sich vom Bergarbeiterverband 1905 hat verleiten lassen, mit um Gnade! Das wird das einstige Mitglied der Siebenerkommission trösten.

Um Herrn Effert, der mit Streikbruch und was sonst noch droht, wenn es dem Bergarbeiterverband einfallen sollte, die Kufe der Werkherren zu stören, vollständig zu verfechten, müssen wir uns seiner Reden und seiner Artikel für die Presse erinnern. Wir müssen uns den Effert auch vorstellen, als er dem Vertreter der „Rhein.-Westfälischen Zeitung“ das bekannte Interview bewilligte.

In Hannover hielt am 29. November 1908 Herr Effert eine Rede, in der er auf die ungeheure Erregung unter den Bergarbeitern hinwies, die sich anlässlich der Radbod-Katastrophe gezeigt habe. Diese Erregung sei gesteigert worden, weil den Hinterbliebenen Strafgehälter der Verunglückten auf Radbod abgezogen worden seien. Und dann heißt es:

„Wenn auch jetzt noch die Hoffnung auf reichsgesetzliche Regelung der Bergarbeiterfragen und auf Schaffung von Arbeiterkontrollen von der Regierung getäuscht würde, dann würde sich in voller Uebereinstimmung der Mitglieder und der Führer aller Gewerkschaftsrichtungen bei Beginn einer besseren Konjunktur im Ruhrrevier ein Kampf abspielen, wie ihn die Welt noch nicht gesehen hat und wenn auch das Erwerbsleben der Nation um Jahrzehnte zurückgeworfen würde. Die Arbeitererschaft wolle die Ausnahmegeetze abwerfen, darum sei sie zu allem entschlossen, denn zu verlieren habe sie nichts mehr.“

Jetzt ist es ganz an der Zeit, daß Effert erklärt, wer ihn zu dieser Brandrede autorisiert hat und wer ihn beauftragt hat, in Uebereinstimmung der Führer und Mitglieder aller Gewerkschaftsrichtungen zu reden. Wir wollen uns dann wenn wir Antwort erhalten, in die Philosophie der Wandelbarkeit und Vergänglichkeit vertiefen.

Es kommt aber noch besser. Im Januar 1910 kam Herr Effert aus einer gemeinschaftlichen Sitzung der Vorstände der vier Bergarbeiterverbände, in der die Frage des Zwangsarbeitsnachweises besprochen worden war. Effert lief einem Schriftleiter der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ in die Arme und hatte nichts eiligeres zu tun, als diesem zu offenbaren,

„daß die Bergarbeiter die Hoffnung aufgegeben haben, daß etwas in Güte von den Bergwerksbesitzern zu erhalten sei. Allgemein herrsche die Ueberzeugung unter den Bergleuten, daß der Kampf, der erbitterte Kampf um Sein oder Nichtsein, kommen werde und kommen müsse.“

Und nachdem Effert dem Schriftleiter des Zeichenorgans über die Zwangsarbeitsnachweise, über die Zurückhaltung der Bergarbeiterführer Auskunft gab und auch erzählt hatte, daß jetzt die Bergarbeiter viel disziplinierter und leidenschaftsloser seien wie 1905!!!, wachte er über den Zeitpunkt des ausbrechenden Streiks:

„Man werde einen günstigen Zeitpunkt abwarten. Die auswärtige Konkurrenz und die Konjunktur des In- und Auslandes werde zu dem Ausschlag geben. Es sei gar nicht ausgeschlossen, daß man eine Zeit wählen werde, in der die politischen Kräfte sich gegen und den Arbeitern Gelegenheit gegeben wäre, ihren Willen auch politisch zu bekunden. Ein solcher Moment liegt ja bereits in zwei Jahren (Reichstagswahl) bevor. Dann ist es nicht auch die Arbeiter Zeit und Gelegenheit schon anzukommen!!!“

Dann stellte Effert fest, daß die Erbitterung besonders groß bei den alten eingefessenen Bergarbeitern sei. Aber man werde alle gelehrten Bergarbeiter organisieren. Und dann:

„Der Schlag (Streik) soll so vollständig geführt werden, daß das gesamte Gewerbe, die ganze Industrie, lahmgelegt werde. Mit den Arbeiterverbänden der übrigen Länder sollen unter der Hand Verhandlungen angeknüpft werden, damit sie nicht allein mehr finanzielle Unterstützung gewähren, sondern auch gegebenenfalls die Ausfuhr von Kohlen nach Deutschland zu verhindern suchen.“

Auch hier wird uns Herr Effert sagen, was er sich bei seinen Auslassungen beim Interview gedacht und wieweit ihn zu solchen Auslassungen veranlaßt hat? Uns ist nicht bekannt, daß irgendwo in den Vorstandskonferenzen solche Feldzugspläne, wie sie Effert einem Zeichenorgan (!) mitteilte, besprochen worden wären.

Herr Effert ist nach dem Interview von einem katholischen Blatte als ein Mensch hingestellt worden, der den Weltbrand anzufachen wollte, die Anarchie und die Revolution zu proklamieren versuchte!!! Das Organ bezichtigte Effert des Landesverrats, weil er mit englischem Geld und englischem Beistand den Untergang des deutschen Reiches und die Vernichtung der Industrie herbeiführen wollte!!! Der Staat habe, so meinte das Organ, Ausnahmegeetze (Zuchthausgeetze) gegen die Bergarbeiter zu erlassen. Nach einem Zuchthausgesetz schrie man im Zentrumslager! Ohne danach zu fragen, daß der einstige Vorsitzende des christlichen Gewerksvereins August Brust als Abwehrmittel gegen derartige Geetze den Generalkonflikt, oder wenn man sich das Wort der „Rheinischen Volkszeitung“ zu eigen macht, den politischen Massenstreik empfahl! Nicht nur Zentrumsorgane, auch die „Post“, die „Kreuzzeitung“ und andere Organe fielen mit wütendem Gebel über Effert her, bei dem nur eine gute Eigenschaft entdeckt wurde, „daß er kein großer Stratege ist, sonst würde er seinen Feldzugsplan nicht vor der Zeit ausgedeutert haben.“

So sah Herr Effert noch vor sechs Monaten aus! Für ihn stand es also sehr an, wenn er Zurückhaltung ließe, auch in Gelsenkirchen. Im „Vorwärts“-Artikel steht keine Zeile, die als Aufforderung an die Bergarbeiter zum Streik aufgefaßt werden kann. Und keine Zeile, die die Bergarbeiter auffordert, deshalb zu streiken, um den Gewerksverein zu zertrümmern! Darum war die Rede Efferts in Gelsenkirchen eine Kette von Unwahrheiten, die aber gezeigt haben, wie leicht ein Mensch, der eine unglückliche Sache zu vertreten hat, auf eine abschüssige Bahn gelangen und von einem Extrem ins andere geraten kann. Auch zeigt sich, daß der Schritt von einem christlichen Generalsekretär bis zu einem Streikbrechergeneral kein großer ist. Wir sind wirklich neugierig, wie da die Entwicklung Efferts sich noch weiter vollziehen wird.

### Volkswirtschaftliche Rundschau.

#### Eine unverfälschte Verleumdung der deutschen Arbeiter.

Eine erbärmliche Verleumdung des deutschen Arbeiterstandes leistet sich das Regierungsorgan des Herrn v. Bethmann-Hollweg, die „Nordd. Allgem. Ztg.“. Gegenüber den Beschwerden der sozialdemokratischen Presse über die steigenden Lebensmittelpreise bringt sie die Dreistigkeit auf, die arbeitenden Familienväter ganz im allgemeinen für die Notlage der deutschen Arbeiterfamilien verantwortlich zu machen. Sie schreibt: „Die hohen Preise für Nahrungsmittel empfindet das Bürgertum nicht weniger hart als das Proletariat. Aber wie gut es der Arbeiterklasse trotz der Teuerung immer noch geht, davon kann man sich insbesondere auf Hauptplätzen und in Schauplatzen überzeugen. Ob freilich die Familien der Bauhandwerker beispielsweise ebenso ausgiebig fröhlich sind wie das Familienoberhaupt, ist eine andere Frage. Und wenn dann zu Hause Schmalhans als Küchenmeister herrscht, so ist es leicht und billig, die „goldgeschwollenen Parasiten“ und die „Putzgerfamillia“ dafür verantwortlich zu machen, daß Frau und Kinder hungern müssen.“

Also die Klagen über den Lebensmittelmacher sind weiter nichts als Ausreden von Familienoberhäuptern, die ihren schönen Lohn vertrinken und verpressen, Weib und Kinder aber hungern lassen. So sind nach dem Urteil des Berliner Regierungsblattes, „beispielweise“ die Bauarbeiter, aber nicht nur diese, denn ganz allgemein kann man ja in den „Schauplatzen“ sehen, wie gut es der Arbeiterklasse geht. Das Ausland, das die Aeußerungen des offiziellen Blattes mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt, kann sich jetzt also das rechte Bild von dem durchschnittlichen deutschen Arbeiter machen als einem Zuchtstier und Trunkenbold, der seine Familie verkommen läßt. Diese verleumderische Beschuldigung von zwei Dritteln des deutschen Volkes verübt ein Blatt, das gemüßwillig gegen die deutsche Sozialdemokratie die Anklage erhebt, sie schädige das Ansehen Deutschlands vor dem Ausland!

Um den Verleumdungen, die man gemiß vernehmen wird, vorzubeugen, sei es gleich gesagt: Wir behaupten keineswegs, daß es keinen Arbeiter gibt, der seine Familie vernachlässigt. Ganz gewiß gibt es auch unter den Arbeitern, wie in allen Gesellschaftsklassen Leichtsiniger und Egoisten und niemand hat etwas dagegen, wenn solche Leute an ihre Pflichten erinnert werden. Es ist aber eine Tatsache, wenn das Regierungsblatt die Millionen ehrlicher Arbeiter und treuherziger Familienväter, die es in Deutschland immer noch gibt, mit ein paar ausgefallenen Liebdianen auf eine Stufe stellt und heuchlerisch rüst: „So sind sie alle!“

Es gibt bekanntlich hoch, sehr hochgeborene Herren, die ihre Burgen schänden. Es gibt andere Angehörige des „ersten Standes“, die ihre Geliebten und Kinder hungern lassen und sich gegenseitig von der Alimantationspflicht freisprechen. Ist es deshalb jemandem eingefallen zu sagen, das ganze Corps sei ein Bordell und eine Gesellschaft zur gegenseitigen Versicherung gegen unerwünschte Waternpflichten? Alle Zugehörigen der höchsten Gesellschaftskreise seien Homosexuelle und Zweibeinige? Ach, wer sich dazu hinreißt liegen, in der Höhe des Gefechts derartige über das Ziel hinauschießende anrüchliche Behauptungen zu sagen, der würde sehr bald der liebevollsten Fürsorge des Staatsanwalts verfallen! Gilt doch jede wahre und beweisbare Anschuldigung gegen Angehörige der höheren Gesellschaftsklassen schon beinahe als halber Landesverrat! Aber zwei Drittel des deutschen Volkes vor der ganzen Welt in der unfinstlichsten Weise zu verleumden und sie des niedrigsten, unanständigen Verhaltens zu beschuldigen, das ist nicht nur billig und erlaubt, es ist sogar patriotisch und wohlgefällig sogar „national“. Die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ ist darum auch ganz begeistert und schlägt vor, den Artikel der „Nordd. Allgem. Ztg.“, gleich französischen Ministerreden, an den Mauern anzufügen oder als Flugblatt in die Massen werfen zu lassen. Diefem Wunsch des Agrarblattes können wir uns nur anschließen. Besser kann dem Volke gar nicht gezeigt werden, von welchen edlen Gefinnungen die Leute erfüllt sind, die es regieren!

### Nachrichten aus der Montanindustrie.

#### Kapitalgewinn und Arbeitslohn.

Dem neuesten Heft des „Jahrbuchs für die soziale Bewegung der Industriebeamten“ entnehmen wir folgende Zusammenfassung von Dr. D. Stille: Der Steinkohlenbergbau, die größte Rohstoffindustrie des Deutschen Reiches, erzielte im Jahre 1909 Werte in Höhe von 1500 Millionen Mark. Wie wenig bleibt aber in letzter Linie von diesem Reichtum in den Händen derjenigen zurück, die seine Gewinnung erst ermöglichen, der Ingenieure und Arbeiter! Ein genauer Nachweis ist freilich nicht immer möglich. Man muß auf den einzelnen Betrieb zurückgehen. Sehen wir uns einmal die größte Bergbaugesellschaft des deutschen Westens, die Gelsenkirchener Bergwerks- & Aftien-Gesellschaft, an. Sie verfügt gegenwärtig über ein Aktienkapital von 130 Millionen Mark und erzielte im letzten Jahre einen Rohgewinn von 37 1/2 Millionen. Die Förderung ihrer Zeichen belief sich auf 82 Millionen Tonnen. Der an die Aktionäre ausgezahlte Zins- und Unternehmengewinn betrug neun Prozent des Aktienkapitals oder 11,7 Millionen Mark. Der Arbeitslohn auf die gefördert Tonne aber nur 5,37 Mt. (zuzü 50 Pfg. weniger als im Jahre 1908) und wenn man die Arbeit auch derjenigen Arbeiter mit einrechnet, die nicht direkt

an der Kohlenförderung beteiligt sind, beträgt der Lohn gar nur 4,76 Mt. pro Tonne. Der Jahreslohn stellt sich auf 1448 Mt. (gegen 1635 Mt. im Jahre 1908). Angaben über die Gehälter der Privatbeamten bringt der Geschäftsbericht, wie üblich, nicht. Das sind nackte Zahlen, aber sie zeigen auch ohne nähere Erläuterung das Mißverhältnis zwischen Kapitalgewinn und Arbeitslohn.

### Die Kohlenproduktion in Deutschland im ersten Halbjahre 1910.

Nach den einzelnen Bezirken festgesetzt betrug die Kohlenproduktion:

	Steinkohlen		Braunkohlen		Stolz		Preßkohlen aus Steinkohlen		Preßkohlen aus Braunkohlen (auch Maßpreßkohle)	
	Zo.	Zo.	Zo.	Zo.	Zo.	Zo.	Zo.	Zo.	Zo.	Zo.
Ob.-R.-Bez.:										
Breslau	18 787 988	682 858	1 108 650	102 201	76 172					
Saale a. S.	8 786 10 311 618	72 491	45 101	4 118 405						
Clausthal	430 811	490 151	42 340	52 664	59 788					
Dortmund	41 800 853	—	8 404 168	1 740 125	—					
Bonn	7 806 850	5 951 348	1 064 575	32 181	1 056 738					
Preußen:	68 970 775	26 435 970	11 882 230	2 071 452	5 011 101					
Im Vorjahre	67 401 491	23 791 978	10 836 755	1 845 058	5 042 071					
Berginspektionsbezirke:										
München	—	413 870	—	—	—					
Bayreuth	88 560	811 678	—	—	—					
Sveidbrücken	368 079	—	—	—	—					
Bayern:	404 648	724 043	—	—	—					
Im Vorjahre	359 734	715 405	—	—	—					
Berginspektionsbezirke:										
Wiesbaden I u. II	1 280 531	—	24 010	6 067	—					
Düsseldorf i. E.	1 085 079	—	—	4 220	—					
Dresden	2 687 872	860 114	5 785	10 724	44 580					
Leipzig	—	1 853 762	—	—	307 825					
Sachsen:	2 639 482	1 722 876	80 704	23 050	852 411					
Im Vorjahre	2 640 547	1 500 402	81 987	24 102	274 400					
Sachsen:	—	246 648	—	—	80 080					
Braunschweig	—	777 770	—	—	173 480					
Schwarzburg-Rudolstadt	17 254	—	—	—	—					
S.-Altenburg	—	1 897 780	—	—	514 618					
Ursalt	—	555 530	—	—	78 153					
Elb-Lothr.	1 288 581	—	—	—	—					
Waben, Neuß j. L.	—	—	—	—	—					
Deutsches Reich	78 320 800	32 861 638	11 412 943	2 055 402	7 059 928					
Im Vorjahre	71 906 114	32 422 221	10 868 742	1 870 060	7 092 820					

### Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

#### Der unchristliche Bischof.

Wegen seines Wortes „Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben“, wird der Regensburger Bischof und Reichsrat v. Henle von dem Organ des Verbandes süddeutscher katholischer Arbeitervereine in aller Ehrerbietung heftig angegriffen. Das Blatt schreibt:

„Wer mit den Worten: „Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben“, sagen wollte, niemand darf in seinem Stande empfortreten, selbst nicht mit erlaubten Mitteln aus niedrigeren Ständen höheren zuzutreiben, der ist unchristlich und durch, denn er steht im Gegensatz zu den Fundamentalfäden des Christentums und zu der christlichen Praxis in allen Jahrhunderten. Ein anderer Satz des Herrn Bischofs ist uns noch unverständlich geblieben, denn er jagte: „Das Christentum hat sich mit der sozialen Frage jahrhundertlang nicht beschäftigt“. Wenn mit dem Sage, so wie er da steht, behauptet wird, das Christentum habe sich jahrhundertlang nicht sozial betätigt, so müssen wir dem mit allen christlichen Sozialpolitikern, insbesondere mit dem großen Bischof Ketteler ganz entschieden widersprechen.“

Doch, armer Bischof!

### Internationale Rundschau.

#### „Christliche“ Kampfweise in Holland.

Ein holländischer Kamerad schreibt uns: Es wird vielleicht den Lesern der „Bergarbeiter-Zeitung“ angenehm sein, mal etwas über Holland zu erfahren, insbesondere über die hiesige Organisation. Als am 17. April Kamerad Potorny hier in einer Versammlung ein Referat hielt und nachträglich in der „Bergarbeiter-Zeitung“ über die hiesigen Verhältnisse ein Artikel erschien, schrieb ein gewisser Jemand im „Bergknappen“, daß dieser Artikel nicht der Wahrheit entspreche. Hauptächlich die angegebene Stärke des „Christlichen Minjwerkersbond“ solle nicht zutreffen. Was damals die „Bergarbeiter-Zeitung“ schrieb, entsprach vollkommen den Tatsachen und steht es heute noch nicht besser aus. Hier in Holland geht es gerade so wie in Deutschland; die „praktische“ Arbeit wird nur von den „Christlichen“ gemacht, nur wollen die Arbeiter hier nicht recht daran glauben. Die „praktische“ Arbeit der „Christlichen“ ist eine derartige, daß es im eigenen Lager schon so langsam zum öffentlichen Ruach kommt. Das sozialdemokratische Hauptorgan „Het Volk“ schrieb noch dieser Tage hierüber u. a. folgendes:

„Am Sonntag, den 10. Juni, fand in Kerkrake eine öffentliche Versammlung seitens des römisch-katholischen Volkswachverbands statt. Zu dieser Versammlung waren Zielmann und Hoffmann (beide Führer vom Christlichen Minjwerkersbond) schriftlich eingeladen, die jedoch nicht erschienen. Nebenbei möchte bemerkt werden, daß die Mitglieder dieses Verbands größtenteils auch Mitglieder des Chr. Minjwerkersbond sind und was brachten die eigenen Mitglieder gegen ihre Leitung vor! Es wurde hervorgehoben, daß an der Spitze des Christlichen Minjwerkersbond Clowns saßen. Der „Christlichen Minjwerker“ schrieb wissentlich die Unwahrheit gegen seine Gegner, Hoffmann habe sich der Kapitalisten verkauft“ usw.

Hieraus kann man schon sehen, wie die „christlichen“ Mitglieder über die „praktische“ Arbeit ihrer Führer denken und ist es nicht zu verwundern, daß die moderne Arbeiterbewegung mit Riesenschritten vorwärts schreitet, trotz aller Gegenarbeit. Die verwerflichen Mittel sind auch hier heilig, um den Gegner niederzuringen. Diefelben Mittel, womit man den Bergarbeiterverband in Deutschland christlichersetzlich bekämpft, werden auch hier angewandt. So wurde dem Wirt, in dessen Saal Potorny gesprochen hat, fünfjährig so viel geboten, als er vorwuschlich verdienen sollte, wenn er seinen Saal für jene Versammlung nicht hergab und das noch wohl von Leuten, die sich Nachfolger Christi nennen. Trotzdem hat es nichts geholfen.

Am 9. Januar fand hier eine öffentliche Versammlung seitens der sozialdemokratischen Partei statt. Die Gegner „atten zwei Flugblätter herausgegeben, worin aufgefodert wurde, daß die Leute nicht zur Versammlung hingehen sollten. Die Flugblätter haben jedoch ihr Ziel verfehlt. Die Versammlung war überfüllt. Kurz nachher kam ein Hirzenfchreiben vom Bischof von Roermond, mitunterzeichnet von den gesamten Pastoren von Süd-Limburg, worin mitgeteilt wurde, daß allen jenen, welche der sozialdemokratischen Partei oder dem Christlichen Minjwerkersbond beitreten oder zu deren Versammlungen gingen, die Absolution verweigert würde.

Aber auch dieses hilft noch nicht und steht schon heute ein großer Teil der katholischen Bergarbeiter auf seiten der modernen Arbeiterbewegung.

In Holland besteht seit Knappschaffszeiten und will der Staat dieses auf seinen Gruben einführen, nach dem Muster der deutschen Knappschaffszeiten. Der Christlichen Minjwerkersbond fand dieses ganz in der Ordnung, nur schienen ihm die Beiträge zu hoch zu sein, darum reichte er der Direktion diesbezügliche Venderungen zum Statut entwarf ein, betrie auch überall öffentliche Versammlungen, welche gewöhnlich von ein paar Duzend Leuten besucht waren und in denen dann die eingereichten Venderungen besprochen wurden; aber in den meisten dieser Versammlungen durfte man noch nicht einmal über eine Resolution abstimmen lassen, da die meisten der Mitglieder mit der „praktischen“ Arbeit ihrer Führer nicht zufrieden waren.

der bekannte Wind auf den Schreibtisch geweht hat. Es

„Galle a. S., den 18. Juni 1910.

An sämtliche Betriebsführer!

Der Ausläufer Mag Redlob aus Leuchern, geb. am 18. März u. Preßsch, ist am 18. d. M. von der Bergsch. Weissen-Braunfelsen-Vk.-Gef. gehörigen Grube Neu-Gröben ohne

ist ein vom Bergat Schröder eigenhändig unterzeichnetes Schreiben in aller Form. Wieviel von diesen den Gedanken der tät verhörenden Schriftstücken mag diese „humane“ Ver-

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Sieg bei der Knappschafswahl in Neu-Waldenburg.

Bei der am 17. Juli stattgefundenen Knappschafswahl-Erfahrungsklausur die Kandidaten des Bergarbeiterverbandes 174, die der Reichs-

Selbstverständlich hatte man gegnerischerseits schon lange vor der Wahl den Sieg im Saal. In einer acht Tage zuvor stattfindenden Ver-

Einigen ganz neuen Tritt hatten diesmal die Reichstreuen ausgeführt. Wohl wissend, daß wenn sie ihre wahre Stirne herausstreckten, sie elend

Angesichts solcher Erfolge, wie sie der Bergarbeiterverband bei allen Wahlen der letzten Zeit errungen hat, können wir nur wünschen, daß

Aus dem Knappschafslazarett in Bielschowitz.

Ist uns ein Schreiben mit 87 Unterschriften von dort sich befindenden Kranken zugesandt worden, welches wie folgt lautet:

Das Umgehen des Arztes mit den Kranken läßt sehr viel zu wünschen übrig. Fast jeden Tag stellt er die Frage an die Patienten: „Was fehlt Ihnen?“

Die Kost ist auch mangelhaft. Zu erwähnen ist dabei, daß gerade die mehr Geunden, welche für die Krankenwärter arbeiten, bessere Kost erhalten.

Was nun am meisten hier die Bergarbeiter ärgert, ist die Aufbeahrung der Kleider. Diese werden ganz einfach in einen Saal hineingepackt.

Süddeutschland und Reichslande.

Das neue Bergarbeitergesetz in Bayern und der Reichslande.

Bei Beratung eines neuen Berggesetzes hat die Kammer der Abgeordneten den Vorschlag den Tag festzusetzen gesucht.

Hier wurde nun in der erneuten Beratung der Reichstagskommission gegen Stimmen der Sozialdemokraten und Liberalen abgelehnt. Der sozial-

„Christliche“ Sassenherzigkeit.

Aus Gausham wird uns geschrieben: Stark im Glauben, aber auch im Willen oder gar in der Abneigung gegen einen gemeinsamen und sind unsere Gewerkschaften, das dokumentierte ihr Ver-

„Erklärung.“

Der Gewerkevereinsauschuss hat die Dausham erklärt hiermit, daß wir eine schroffe Behandlung des Arbeiterauschusses von

So führen die Herrschaften den Kampf gegen die Gegner der Arbeiter. Bis dato waren sie immer in Versammlungen, wenn sie glaubten, ein Mandat zu erhalten, ja, man ging sogar zum Direktor

Mitteilung der Redaktion.

Der jetzige Oberälteste Wiens ist seit vier Jahren aus dem Knappschafsvorstand wie aus dem Bergarbeiterverband heraus. Der

Briefkasten.

2. Saarbrücken. Lieber Hannes! Wer von uns beiden in Saarbrücken einen „Schwipp“ gehabt haben soll, wird im „Bergknappen“

Abrechnung.

Folgende Zahlstellen haben für den Monat Juni 1910 bei der Hauptkasse in Bochum abgerechnet:

Table with multiple columns listing names and amounts for various districts like Bergkamm, Dortmund, Castrop, etc.

Large table listing names and amounts for various districts like Bergkamm, Dortmund, Castrop, etc., continuing from the previous table.

